Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7776**

17. Wahlperiode 23. 11. 2011

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann, Oliver Kaczmarek, Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/7404 –

Stand der Bildungsforschung in Deutschland

Vorbemerkung der Fragesteller

Eine gute Bildungspolitik kann nur dort gelingen, wo möglichst umfassende Ergebnisse einer gut aufgestellten Bildungsforschung vorliegen. Erst mit dem Wandel der Bildungspolitik in den 60er-Jahren ist es auch zu einer Ausdifferenzierung und Ausweitung der Bildungsforschung in Deutschland gekommen.

Aus einer umfassenden Bildungsforschung ergeben sich die Grundlagen für eine wissenschaftlich fundierte Ausgestaltung der Bildungspolitik. Darüber hinaus wirken sich die neuen Erkenntnisse der Bildungsforschung über die Lehrerausbildung an den Hochschulen mittelbar positiv auf die Weiterentwicklung des Bildungssystems aus. Bildungsforschung kann damit die Bildungschancen verbessern und die Handlungsfähigkeit der Bildungspolitik stärken. Dabei stellt sich das Problem, dass die Bildungsforschung an unterschiedlichen Punkten ansetzt (auf Lehr- und Lernprobleme abzielende Forschung auf der Mikroebene, institutionengerichtete Forschungen auf Meso- und Makroebene, anwendungsorientiert/grundlagenorientiert, quantitativ/qualitativ usw.) und sich nicht immer trennscharf von anderen Forschungsfeldern abgrenzen lässt, da es sich um ein sehr weites Forschungsfeld handelt.

Das deutsche Bildungswesen muss im internationalen Vergleich als komplex beschrieben werden. So unterscheiden sich etwa Schultypen und Schulabschlüsse nicht unerheblich zwischen den Bundesländern. Für Menschen im Bildungssystem wird daher ein erhebliches Grundlagenwissen vorausgesetzt, damit sie sich für einen optimalen Bildungspfad entscheiden können. Auch hier können Erkenntnisse der Bildungsforschung helfen, Bürgerinnen und Bürgern die Nutzung von Bildungsangeboten zu erleichtern und Wege im Bildungs- und Weiterbildungssystem klarer aufzuzeigen. Langfristig muss die Bildungsforschung einen Beitrag dazu leisten, dass jede Bürgerin und jeder Bürger ein individuell passendes Bildungsangebot annehmen kann.

Insbesondere der „PISA-Schock“ 2001 und die weiteren, öffentlich intensiv diskutierten PISA-Studien haben verdeutlicht, welches Potential für gesellschaftliche und politische Veränderungen durch die Bildungsforschung entstehen kann. Durch den Beschluss der Kultusministerkonferenz im Jahr 1997,

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 22. November 2011 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

sich an den PISA-Studien zu beteiligen, haben sich die Wahrnehmung und die Rahmenbedingungen der empirischen Bildungsforschung in Deutschland nachhaltig verändert. Bildungsforschung kann dazu dienen, Defizite und Veränderungsbedarf im Bildungssystem aufzuzeigen und dazu beitragen, vorhandene Potentiale besser auszuschöpfen. Hierzu bedarf es ebenso einer gut ausgebauten Forschungsinfrastruktur wie einer gezielten Förderung des in der Bildungsforschung tätigen Personals.

In einer Phase weitreichender Debatten über die Zukunft der Bildungslandschaft sind Gesellschaft und Politik auf fundiertes Wissen aus der Bildungsforschung angewiesen. In den letzten zehn Jahren hat sich die Bildungsforschung in Deutschland höchst dynamisch entwickelt, es wurden neue Einrichtungen an Hochschulen wie im außeruniversitären Bereich geschaffen, Kooperationen vereinbart und neues Personal für die Bildungsforschung rekrutiert.

Die Bildungsforschung hat unter anderem maßgeblich dazu beigetragen, das Augenmerk von Politik und Gesellschaft auf die Abhängigkeit der Chancen im Bildungssystem vom sozialen Status nachzuweisen. Die Forscherinnen und Forscher konnten in den letzten Jahren zweifelsfrei nachweisen, dass im Widerspruch zum Ideal gleicher Bildungschancen durch gleiche Bildungsangebote sehr wohl der Erfolg im Bildungssystem von den sozialen Voraussetzungen abhängig ist und auch in einem formal gerechten Bildungssystem ungleiche Bildungschancen bestehen können und bestehen. Auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Bildung, die Übergänge im Bildungssystem und die Auswahlmechanismen in Schule und Hochschule zählen zu den Untersuchungsfeldern, zu denen die Bildungsforschung in der Vergangenheit erhebliche neue Erkenntnisse präsentieren konnte.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD wurde 2005 vereinbart: „Wir streben an, die Bildungsberichterstattung weiter zu entwickeln und als Konstante der Bildungspolitik im Zusammenwirken von Bund und Ländern zu etablieren. Flankierend werden wir die empirische Bildungsforschung im Rahmen der Allgemeinen Forschungsförderung stärken, um Erkenntnisse zu gewinnen, die Bund und Ländern bei der Weiterentwicklung ihrer jeweiligen Aufgaben im Bildungsbereich dienen können.“ Auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP verpflichteten sich die Regierungsparteien 2009 auf einen Ausbau der Bildungsforschung: „Zur Verbesserung einer gesunden motorischen, kognitiven und emotionalen Entwicklung von Kindern werden wir die Bindungs- und die Bildungsforschung ausbauen.“ Parteiübergreifend werden die Bemühungen der Bundesregierung, sich verstärkt für die Bildungsforschung einzusetzen, begrüßt.

I. Stand der Bildungsforschung und Rahmenbedingungen in Deutschland

1. Im Rahmen welcher Maßnahmen der Bundesregierung wird die Bildungsforschung in Deutschland gefördert (bitte nach Ressort aufschlüsseln)?

2. Wie viele Professuren in Deutschland lassen sich der Bildungsforschung zuordnen, und wie groß ist die Zahl der universitären und außeruniversitären Forschungsinstitute in der Bildungsforschung?

3. Welche Einrichtungen der Ressortforschung sind mit Fragen der Bildungsforschung befasst (bitte um tabellarische Übersicht)?

Die Fragen 1 bis 3 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Ein leistungsfähiges Bildungssystem ist die wesentliche Grundlage dafür, dass individuelle Zukunfts- und Arbeitschancen verbessert werden und dass die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung, auch im internationalen Wettbewerb, erfolgreich bleibt. Um die Qualität im Bildungssystem zu sichern und weiter zu entwickeln, müssen wissenschaftlich fundierte Grundlagen geschaffen

werden, die eine verlässliche Beurteilung der Situation und der Perspektiven im Bildungswesen ermöglichen. Darüber hinaus nimmt im Kontext einer wissensbasierten, ergebnisorientierten Steuerung auf allen Ebenen des Bildungssystems die Bedeutung empirisch fundierten Wissens für Funktionsinhaber (in Ministerien, Landesinstituten, Schulämtern, als Schulleiterin/Schulleiter, Lehrer/Lehrerinnen etc.).

Die Bundesregierung fördert die Bildungsforschung im Kontext der allgemeinen institutionellen Forschungsförderung (z. B. Deutsche Forschungsgemeinschaft – DFG, Max-Planck-Gesellschaft – MPG, Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz – WGL), der Ressortforschung (z. B. Bundesinstitut für Berufsbildung – BIBB) und über die Projektförderung. Sie trägt darüber hinaus durch die Verbesserung von allgemeinen Rahmenbedingungen zur Förderung der Bildungsforschung bei (u. a. wissenschaftliche Nachwuchsförderung, Verbesserung der informationellen Infrastruktur, Förderung des internationalen Austausches und der Vernetzung).

Hinzuweisen ist insbesondere auf das Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung, das von der Bundesregierung im Jahr 2007 in enger Abstimmung mit den Ländern initiiert wurde und darauf abzielt, die empirische Bildungsforschung in Deutschland langfristig strukturell zu stärken und valides Wissen für die Weiterentwicklung des Bildungssystems bereitzustellen. Im Rahmenprogramm werden aktuell insgesamt 185 Forschungsprojekte mit einem Volumen von rund 123 Mio. Euro gefördert. Die Forschungsergebnisse werden unter anderem in der Reihe Bildungsforschung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) publiziert. Darüber hinaus werden die Projektergebnisse auf dem für das Rahmenprogramm eingerichteten Internetportal (www.empirische-bildungsforschung-bmbf.de/) veröffentlicht.

Ein wichtiger Bestandteil des Rahmenprogramms zur Förderung der empirischen Bildungsforschung ist das Nationale Bildungspanel (National Educational Panel Study – NEPS), das durch die Bundesregierung bis Ende 2013 mit insgesamt rund 85 Mio. Euro gefördert wird. Die zentrale Zielsetzung des Nationalen Bildungspanels besteht darin, mehr darüber zu erfahren, wie sich Kompetenzen im Lebenslauf entfalten und wie die Aneignung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten innerhalb und außerhalb der Bildungsinstitutionen am besten unterstützt werden kann. Dazu werden Datenerhebungen zu Bildungs- und Qualifizierungsprozessen über die gesamte Lebensspanne durchgeführt. So wird sukzessive eine umfangreiche Datenbasis (Scientific Use Files) zur Analyse von Bildungsverläufen für die Bildungsforschung bereitgestellt.

Im Zusammenhang mit dem Ganztagsschulprogramm der Bundesregierung fördert das BMBF seit 2005 eine umfangreiche empirische Begleitforschung mit über 20 Verbundprojekten (www.ganztagsschulen.org/10249.php). Im Mittelpunkt steht die „Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen – StEG“ (2005 bis 2010), die von 2012 bis 2015 unter Beteiligung aller 16 Länder fortgeführt wird.

Einen Überblick über die Situation der Bildungsforschung in Deutschland inklusive einer Aufstellung der außeruniversitären und universitären Einrichtungen der erziehungswissenschaftlichen Forschung, der Bildungsforschung und -entwicklung gibt Band 28 in der vom BMBF herausgegebenen Schriftenreihe „Bildungsforschung“, der in Kürze in einer aktualisierten Fassung veröffentlicht wird (Horst Weishaupt/Marc Rittberger (Hrsg.): Bildungsforschung in Deutschland – eine aktuelle Situationsanalyse, 2011).

4. Wie bewertet das Bundesministerium für Bildung und Forschung den aktuellen Stand des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Bildungsforschung, und welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für wünschenswert, um mehr Nachwuchs für die Bildungsforschung zu gewinnen?

Nicht zuletzt mit dem Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung ist es gelungen, die Attraktivität einer wissenschaftlichen Karriere in der Bildungsforschung zu erhöhen und junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für dieses Forschungsgebiet zu gewinnen. Gleichwohl hält es die Bundesregierung angesichts eines zunehmenden Bedarfs an Expertise in der empirischen Bildungsforschung sowohl in der Wissenschaft als auch auf verschiedenen bildungspolitischen Steuerungsebenen sowie in der Bildungsverwaltung nach wie vor für erforderlich, die Nachwuchsförderung im Bereich der Bildungsforschung in Deutschland weiter zu stärken.

Neben der Nachwuchsförderung im Rahmen von Forschungsprojekten und bei der Ganztagsschulforschung unterstützt eine spezielle Förderlinie im Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung Doktorandinnen und Doktoranden bei der Durchführung ihrer Promotion. Ein Begleitprogramm bietet den Promovierenden fachliche, fachübergreifende und methodische Fortbildung und Beratung, wobei insbesondere auch der internationale Austausch gezielt gefördert wird.

Die Bundesregierung wird daher im Rahmenprogramm, das auch die Hochschulforschung stimuliert hat, diese Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses fortführen und beabsichtigt, die Nachwuchsförderung in diesem Programm künftig unter anderem auch auf die Gruppe der Postdoktoranden auszuweiten.

5. Welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung aus der 2007 ausgelaufenen Förderinitiative der Deutschen Forschungsgemeinschaft e. V. „Forschergruppen in der Empirischen Bildungsforschung“ gezogen, und welche Maßnahmen wurden in Reaktion auf die Ergebnisse der Förderinitiative vonseiten des Bundes in die Wege geleitet?

Die DFG hat ihrer ursprünglichen Absicht entsprechend mit der Initiative eine strukturelle Wirkung im Sinne einer Stärkung der empirischen Bildungsforschung an den geförderten Standorten erzielt. Beispielsweise sind aus den geförderten Forschergruppen das von der Bundesregierung geförderte Nationale Bildungspanel in Bamberg sowie in Tübingen der dortige WissenschaftsCampus entstanden. Im Anschluss an die Förderinitiative hat die DFG zwei Nachwuchsakademien in der empirischen Bildungsforschung eingerichtet. Darüber hinaus haben die Erkenntnisse aus der Förderinitiative der DFG die Gestaltung des Rahmenprogramms zur Förderung der empirischen Bildungsforschung maßgeblich beeinflusst.

6. Gibt es Überlegungen, eine kontinuierliche Bestandsaufnahme und stärkere Strukturierung der Bildungsforschung in Deutschland vorzunehmen, und falls nein, aus welchen Gründen nicht?

In der Schriftenreihe „Bildungsforschung“ hat das BMBF im Jahr 2008 eine Bestandsaufnahme „Zur Situation der Bildungsforschung in Deutschland“ herausgegeben. Diese Bestandsaufnahme wird in regelmäßigen Abständen aktualisiert; in Kürze wird eine aktuelle Analyse veröffentlicht (Horst Weishaupt/ Marc Rittberger (Hrsg.): Bildungsforschung in Deutschland – eine aktuelle Situationsanalyse, 2011). Eine stärkere Strukturierung der Bildungsforschung in

Deutschland ist von Seiten der Bundesregierung insbesondere aufgrund der entsprechenden Verantwortlichkeiten der Länder nicht beabsichtigt.

7. Plant die Bundesregierung eine (institutionalisierte) Schnittstelle zwischen Bildungsforschung und Bildungspraxis zu schaffen, um die Umsetzung von Forschungsergebnissen zu optimieren, und falls nein, warum nicht?

Die Bundesregierung wird unter anderem mit der Etablierung einer Veranstaltungsreihe zur Verstärkung des Dialogs von Bildungsforschung und Bildungspraxis beitragen. Eine erste Tagung wird am 29./30. März 2012 unter dem Titel „Bildungsforschung 2020 – Herausforderungen und Perspektiven" in Berlin stattfinden. Mit der Veranstaltungsreihe wird ein Forum geschaffen, das der Information und Diskussion über die Ergebnisse der Bildungsforschung dient und die Umsetzung der Forschungsergebnisse in die Praxis unterstützen soll.

Bei der Weiterentwicklung des Rahmenprogramms zur Förderung der empirischen Bildungsforschung und insbesondere bei der Vorbereitung der Forschungsschwerpunkte werden neben wissenschaftlichen Expertinnen und Experten grundsätzlich auch Vertreterinnen und Vertreter der Bildungspraxis einbezogen. Eine institutionalisierte Schnittstelle im Sinne einer Transferagentur (o. Ä.) ist aufgrund der Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich nicht geplant.

8. Mittels welcher Maßnahmen hat der Bund nach 2009 die Bildungsforschung über das bereits zuvor beschlossene Maß hinaus gefördert?

Über das bereits zuvor beschlossene Maß hinaus hat die Bundesregierung seit dem Jahr 2009 unter anderem im Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung Vorhaben in den folgenden Forschungsschwerpunkten mit einem Fördervolumen von insgesamt rund 15 Mio. Euro gefördert:

- Bildungsforschung im Bereich Steuerung im Bildungssystem
- Bildungsforschung im Bereich Diagnostik von Entwicklungsstörungen schulischer Fertigkeiten
- Bildungsforschung im Bereich „Chancengerechtigkeit und Teilhabe".

Darüber hinaus wurden für die Arbeiten des Nationalen Bildungspanels zusätzliche Fördergelder von insgesamt rund 20 Mio. Euro bereit gestellt unter anderem für den Ausbau der Forschung zu Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf, für Zusatzstudien zu beruflichen Kompetenzen sowie für den Ausbau der Forschung zu Lehramtsstudierenden.

Weiter hat das BMBF im Oktober 2010 gemeinsam mit den Ländern das Zentrum für internationale Bildungsvergleichsstudien (ZIB) gegründet. Seitens des Bundes werden jährlich 860 000 Euro bis zum Jahr 2016 für das ZIB bereitgestellt. Weiter wurde in diesem Kontext vereinbart, dass der Bund jährlich zusätzliche 1 Mio. Euro für die Förderung von Forschungsvorhaben in Ankopplung an Bildungsvergleichsstudien (Large Scale Assessment – LSA) bereitstellt.

Im Bereich der frühkindlichen Bildung wurden seit 2009 rund 15 Mio. Euro für die Förderung neuer Forschungsvorhaben, wie für die Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte – WiFF –, zur Ausweitung der Initiative und für Projekte zum Übergang vom Elementar- zum Primarbereich, zur Verfügung gestellt. Seit 2009 wurden für Vorhaben der empirischen Ganztagsschulforschung Fördermittel in Höhe von rund. 8 Mio. Euro bewilligt. Darüber hinaus wurde im Jahr 2011 im Bereich der Hochschulforschung die Förderlinie „Kompetenzmodellierung und -erfassung im Hochschulsektor" gestartet mit einem Förder-

volumen von insgesamt rund 15 Mio. Euro und einer Laufzeit bis zum Jahr 2015.

9. Wie hat sich der Mittelabfluss im „Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung“ seit 2007 entwickelt, und wie viele der bis 2012 geplanten 120 Mio. Euro für das Rahmenprogramm wurden bereits verausgabt?

Seit 2007 sind im Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung rund 120 Mio. Euro für die Jahre 2007 bis 2012 bewilligt worden, davon sind bereits ca. 73 Prozent verausgabt worden (ca. 86 Mio. Euro).

Der Mittelabfluss stellt sich bislang wie folgt dar:

2007: 0,8 Mio. Euro

2008: 1,5 Mio. Euro

2009: 17,9 Mio. Euro

2010: 30,3 Mio. Euro.

10. Wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Verlauf der Arbeit des Nationalen Bildungspanels?

Das Projekt verläuft bisher planmäßig. Die Bundesregierung geht von der weiterhin positiven Entwicklung des Vorhabens aus. Mit dem Nationalen Bildungspanel werden der Bildungsforschung in bislang einzigartiger Weise Daten zur Kompetenzentwicklung und Qualifizierung im Lebenslauf zur Verfügung gestellt. Die aus der wissenschaftlichen Analyse dieser Daten zu erwartenden Erkenntnisse werden neben innovativen Impulsen für die empirische Grundlagenforschung auch wichtige Informationen für (bildungs-)politische Entscheidungen bereitstellen.

11. Geht die Bundesregierung weiterhin davon aus, dass im Herbst 2011 die ersten Daten als Scientific-Use-File verfügbar gemacht werden können, und in welcher Form wird die Verfügbarmachung erfolgen?

Die ersten Daten des Nationalen Bildungspanels wurden bereits im August 2011 in einer so genannten Beta-Version (Probeversion) für die wissenschaftliche Nutzung bereitgestellt (Startkohorte 6 „Bildung im Erwachsenenalter und lebenslanges Lernen“, repräsentative Längsschnittdaten von über 11 000 erwachsenen Personen für die Jahre 2009 und 2010). Bis Ende des Jahres 2011 wird, nach Rückmeldungen zur Datenqualität, der finale Datensatz zur genannten Kohorte vorliegen.

Durch die Kombination etablierter Datenzugangswege mit einem innovativen Konzept des Fernzugriffs bietet das Nationale Bildungspanel drei Zugangswege zu den Forschungsdaten, die unter Einhaltung strenger datenschutzrechtlicher Vorgaben einen flexiblen Zugang auch zu sensiblen Forschungsdaten gewährleisten:

- Die Herausgabe von Scientific Use Files, die über die NEPS-Website zum Download bereitgestellt werden.
- Die Datennutzung über eine moderne Fernzugriffstechnologie (Remote-NEPS).
- Den Datenzugriff im Rahmen von Gastaufenthalten vor Ort (On-site).

Für die drei Datenzugangswege ist es erforderlich, Nutzungsverträge zu unterzeichnen. Diese Vereinbarungen verpflichten die Antragsteller zu einem sicheren und vertraulichen Umgang mit den Daten. Alle relevanten Informationen zur Antragstellung sind auf dem NEPS Web-Portal verfügbar.

12. Welche anderen, kleineren Längsschnittstudien wurden und werden in die Arbeit des Nationalen Bildungspanels integriert?

Durch Vernetzung insbesondere der am Nationalen Bildungspanel beteiligten Forschungsinstitute ist gewährleistet, dass die in der (inter-)nationalen Bildungsforschung vorhandenen Kompetenzen und Erfahrungen mit größeren und kleineren Längsschnittstudien im NEPS gebündelt werden (so z. B. Verbundvorhaben: „Persönlichkeits- und Lernentwicklung von Grundschulkindern“ – PERLE –, „Bildungsprozesse, Kompetenzentwicklung und Selektionsentscheidungen im Vor- und Grundschulalter“ – BiKS –, „Kompetenzaufbau und Laufbahnen im Schulsystem – eine Längsschnittuntersuchung an Grundschulen“ – Koala-S –, „Bildungsaspirationen, Bezugsgruppen und Bildungsentscheidungen – sog. Mannheimer Bildungspanel“ (MEPS), „Aspekte der Lernausgangslage und der Lernentwicklung“ – LAU). Es besteht Anschlussfähigkeit und Kooperationen mit weiteren Längsschnittstudien, wie beispielsweise zum Sozio-oekonomischen Panel (SOEP).

13. Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung die Nutzung der Daten des Nationalen Bildungspanels in der Bildungsforschung?

Für das NEPS wird ein ausgebautes Supportangebot für unterschiedliche Nutzergruppen gefördert. Zu diesem Angebot gehören neben den vielfältigen Zugangswegen zu den Daten auch eine detaillierte Dokumentation (u. a. im Onlineportal), einfach zu bedienende Such- und Aufbereitungshilfen sowie umfassende Nutzerschulungen. Der Nutzerservice des NEPS bietet weiterhin Nutzersupport durch E-Mail und Telefonhotline. Darüber hinaus fördert die Deutsche Forschungsgemeinschaft mit einem Schwerpunktprogramm (DFG Priority Programme 1646 „Education as a Lifelong Process“) im Zeitraum 2012 bis 2017 die Auswertung der Daten (Scientific Use Files) in Höhe von 5,5 Mio. Euro.

14. Wie soll nach Ansicht der Bundesregierung der kontinuierliche Dialog zwischen den am Nationalen Bildungspanel beteiligten Forscherinnen und Forschern und den bildungspolitischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern strukturiert werden (vgl. Rede der Bundesministerin für Bildung und Forschung Dr. Annette Schavan anlässlich des Starts des Nationalen Bildungspanels am 3. und 4. Februar 2009 in Bamberg)?

Der kontinuierliche Dialog zwischen den am NEPS beteiligten Forscherinnen und Forschern sowie den bildungspolitischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern wird insbesondere durch den administrativen Beirat des NEPS gewährleistet, dem Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Ländern, der Kommunen sowie der Sozialpartner angehören.

15. Welche privaten Anbieter wurden im Rahmen des Bildungspanels in welcher Auftragshöhe mit der Befragung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern beauftragt?

Private Auftragnehmer im Rahmen der Datenerhebungen im NEPS sind das IEA Data Processing Centre, Hamburg, und das Infas Institut für angewandte Sozial-

wissenschaft GmbH, Bonn. Die Höhe der Aufträge für die gesamte Laufzeit von 2009 bis 2013 beträgt insgesamt rund 40 Mio. Euro.

16. Welche Überlegungen zur langfristigen Sicherung des Nationalen Bildungspanels hat die Bundesregierung bisher angestellt, und wann plant die Bundesregierung, hierzu einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten?

Zur langfristigen Sicherung des Nationalen Bildungspanels beabsichtigt der Freistaat Bayern, dieses in Abstimmung mit dem Bund in ein Institut der Leibniz-Gemeinschaft zu überführen. Das Verfahren zur Aufnahme wurde bereits bei der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz eingeleitet.

17. Welche Rolle soll nach Auffassung der Bundesregierung die Bildungsforschung im 8. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union spielen, auch und gerade vor dem Hintergrund, dass diese Forschung keine „Marktrelevanz“ besitzt?

Das 8. Forschungsrahmenprogramm (FP 8) soll im Zeitraum von 2014 bis 2020 in das EU-Programm für Forschung und Innovation überführt werden. Mit seiner Hilfe sollen die Ziele der EU-Innovationsunion implementiert werden. In den Stellungnahmen der Bundesregierung zum künftigen FP8, insbesondere im zweiten Leitlinienpapier vom 17. Juni 2011, werden Themen vorgeschlagen, die darauf abzielen, Europa zum Vorreiter bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen zu machen und gleichzeitig zukünftige Wertschöpfungspotenziale und neue Märkte zu erschließen. Ein eigenständiger Bereich zur Bildungsforschung wird hierbei nicht gefordert. Die Forderungen der Bundesregierung umfassen aber Aktivitäten, in deren Rahmen auch Bildungsforschung gefördert werden kann. Hierzu zählen das Marie-Curie-Programm (u. a. Förderung von Individualstipendien für Postdoktorandinnen/Postdoktoranden), der Europäischen Forschungsrat (Förderung exzellenter Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftlern) und der Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Forschung.

18. Wie bewertet die Bundesregierung die internationale Stellung der bundesdeutschen Bildungsforschung?

Die bundesdeutsche Bildungsforschung hat ihre internationale Sichtbarkeit und ihren internationalen Einfluss in jüngster Zeit deutlich ausbauen können. Ergebnisse von Forschungsvorhaben deutscher Bildungsforscherinnen und -forscher haben zunehmend Eingang in angesehene internationale Fachzeitschriften gefunden. Zu dieser Entwicklung trägt insbesondere das Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung bei. So ist die angemessene Berücksichtigung des internationalen Forschungsstands unabdingbare Voraussetzung der Förderung entsprechender Forschungsvorhaben; überdies wird im Zuge der Projektförderung der internationale Austausch und die Präsenz deutscher Bildungsforscherinnen und Bildungsforscher bei internationalen Tagungen unterstützt.

Die auch im internationalen Vergleich hohe Stellung der deutschen Bildungsforschung zeigt sich unter anderem in der Beteiligung deutscher Bildungsforscherinnen und -forscher an internationalen Konsortien zur Durchführung von Assessments, wie beispielsweise PISA (Programme for International Student Assessment) und PIAAC (Programme for the International Assessment of Adult Competencies). So wird ein wesentlicher Teil von PISA 2015 unter Federführung deutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beim Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) erarbeitet.

Das Nationale Bildungspanel nimmt mittlerweile international eine Vorreiterrolle bezüglich der Untersuchung von Bildungsprozessen und der Kompetenzentwicklung im Lebenslauf ein. Die am NEPS beteiligten Forscherinnen und Forscher sind in eine Reihe internationaler Netzwerke eingebunden und gefragte Experten auf internationalen Fachtagungen und Workshops. Die große Zahl englischsprachiger Publikationen trägt zum hohen internationalen Bekanntheitsgrad des NEPS bei. Der Projektleiter des NEPS, Herr Professor Hans-Peter Blossfeld, wurde für seine herausragenden sozialwissenschaftlichen Forschungsleistungen und seine zahlreichen Aktivitäten als Leiter bedeutsamer europäisch vergleichender Forschungsprojekte unter anderem mit dem höchsten Wissenschaftspreis der Europäischen Union, dem „European Research Council (ERC) Advanced Grant", ausgezeichnet.

Zur weiteren internationalen Profilierung der deutschen Bildungsforschung wurde das ZIB gegründet. Am ZIB werden Vorhaben qualitativ hochwertiger empirischer Bildungsforschung zusammengeführt und Forschungsanstrengungen gebündelt. Mittelfristig ist somit eine noch bessere internationale Positionierung der deutschen Bildungsforschung zu erwarten.

Auch die Ganztagsschulforschung, v. a. die „Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen – StEG", wird international stark beachtet. 2010 wurde das internationale Netzwerk „NEO ER – Network on Extracurricular and Out-of-School Time Educational Research" mit Bildungsforscherinnen und -forschern aus den USA, Großbritannien, Schweden, Schweiz, Japan und Südkorea gegründet (www.uni-giessen.de/cms/fbz/fb03/institute/ifezw/prof/empi/Projekte/Projekte/neo_er/view?set_language=en).

19. Welche Forschungsprojekte, die man der internationalen Bildungsforschung zuordnen kann, hat die Bundesregierung in den letzten vier Jahren unterstützt?

Die Bildungsforschung ist wie die gesamte Forschung und Wissenschaft in Deutschland in zunehmendem Maße international ausgerichtet und verflochten. Die Zielsetzungen und strategischen Grundsätze dieser systematischen und offensiven Internationalisierung sind in der „Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung" (2008) festgeschrieben, die derzeit in einem „Rahmenprogramm Internationalisierung" fortgeschrieben und für das BMBF operationalisiert wird. Für einen Überblick über die zahlreichen Forschungsvorhaben mit internationaler Beteiligung bzw. international relevanter Fragestellung wird unter anderem auf die Projekte im Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung (www.empirische-bildungsforschung-bmbf.de) sowie auf die Ganztagsschulforschung (www.projekt-steg.de) verwiesen.

II. Forschungsthemen und -projekte

20. Plant die Bundesregierung die Vorlage eines Forschungsförderungskonzeptes zur frühkindlichen Bildung, und falls ja, mit welcher Aufgabenstellung, und falls nein, aus welchen Gründen nicht?

Mit dem Ziel, die Qualitätsentwicklung in der Praxis frühkindlicher Bildung zu unterstützen und dafür empirisches Grundlagen- und Anwendungswissen bereitzustellen, fördert die Bundesregierung empirische Forschungsmaßnahmen, Projekte und Programme. So z. B. die Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit (NUBBEK), die Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WiFF), die Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration und deren Evaluierung, die Beglei-

tung von Kooperationen zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen oder die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“.

Einen besonderen Schwerpunkt plant die Bundesregierung innerhalb des Rahmenprogramms zur Förderung der empirischen Bildungsforschung im Bereich der sprachlichen Bildung von Kindern im Alter bis 8 Jahren zu setzen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung eine Expertise für eine gemeinsame Initiative von Bund und Ländern im Bereich der Sprachförderung, Sprachdiagnostik und Leseförderung in Auftrag geben, die den Forschungs- und Handlungsbedarf sowie die Machbarkeit für die Entwicklung und Gestaltung einer über den Elementar-, Primar- und Sekundarbereich hinweg reichenden kohärenten Sprachförderung aufzeigen soll.

21. Welche Forschungsprojekte zu den Anforderungen an Erzieherinnen und Erzieher hat die Bundesregierung in den letzten vier Jahren unterstützt, und welche Forschungsprojekte zu deren Ausbildung?

Exemplarisch wird hier verwiesen auf die bisherigen Forschungsergebnisse der WiFF (www.weiterbildungsinitiative.de), die in den vergangenen zwei Jahren bereits eine große Anzahl von Expertisen, Studien und Wegweisern vorgelegt hat, die sich mit Fragen der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern beschäftigen.

Darüber hinaus wird in diesem Zusammenhang auf Forschungen hingewiesen, die die Weiterbildungsinitiative begleiten, sowie auf von der Bundesregierung finanziell unterstützte Forschungsvorhaben im Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung (u. a. im Forschungsschwerpunkt „Entwicklung von Professionalität des pädagogischen Personals“).

22. In welcher Höhe und mittels welcher Maßnahmen hat die Bundesregierung in den letzten vier Jahren die Entwicklung von Konzepten zur individuellen Förderung in der schulischen Bildung unterstützt?

Zur individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern in der Schule bedarf es allgemein- und fachdidaktischer professioneller Kompetenzen der Lehrerinnen und Lehrer sowie des weiteren pädagogischen Personals. Die Bundesregierung unterstützt mit dem Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung zahlreiche Forschungsprojekte, die Grundlagenwissen bereitstellen, das für die Entwicklung von Konzepten individueller Förderung nutzbar ist: So werden in den Forschungsschwerpunkten „Sprachdiagnostik/Sprachförderung“, „Entwicklungsstörungen schulischer Fertigkeiten“ sowie „Entwicklung von Professionalität des pädagogischen Personals“ eine Reihe von Vorhaben gefördert, die Erkenntnisse auch für die Weiterentwicklung von Konzepten individueller Förderung liefern.

Die bessere individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern ist überdies eines der zentralen Ziele des Ganztagsschulprogramms. Die Ganztagsschulen erhalten Unterstützung durch die regionalen Serviceagenturen in den Ländern im Rahmen des Begleitprogramms „Ideen für mehr! Ganztägig lernen“, das die Bundesregierung mit jährlich 4,5 Mio. Euro unterstützt. Darüber hinaus wurden in diesem Zusammenhang Forschungsprojekte zur Lern- und Unterrichtskultur sowie zur individuellen Förderung von Kindern in schwierigen Lebenssituationen in Ganztagsschulen in Höhe von knapp 1 Mio. Euro gefördert.

23. Wie sollte aus Sicht der Bundesregierung verhindert werden, dass durch eine zunehmende Zahl von Tests und Untersuchungen (PISA, IGLU, TIMSS usw.) an Schulen vermehrt auf in Tests abgefragte Kompetenzen abgestellt wird und damit das Spektrum einer umfassenden Bildung beschränkt wird?

Bei den international vergleichenden Large Scale Assessments PISA, IGLU und TIMSS, die alle drei, vier bzw. fünf Jahre an insgesamt rund 900 Schulen durchgeführt werden (repräsentative Stichprobe), ist keine Ausweitung der Tests auf alle Schulen vorgesehen. Die nationalen Erweiterungen zu PISA und IGLU wurden seit 2009 durch die Überprüfung der Bildungsstandards durch die Länder abgelöst. Insofern ist auch hier keine Zunahme der Anzahl der durchgeführten Tests zu verzeichnen. Die genannten Untersuchungen erfassen wesentliche Teilbereiche der Kompetenzvermittlung an Schulen. Sie ersetzen nicht den allgemeinen Bildungsauftrag der Schulen.

24. Liegen dem Bund Erkenntnisse der empirischen Bildungsforschung vor, welche Auswirkungen Untersuchungen wie PISA u. a. auf den schulischen Alltag und das Spektrum des vermittelten Wissens haben, und falls ja, welche?

Forschungsergebnisse liegen zu den Auswirkungen der ersten PISA-Studie auf die Bildungspolitik vor (Tillmann, K.-J./Dedering, K./Kneuper, D./Kuhlmann, C./Nessel, I. (2008): PISA als bildungspolitisches Ereignis. Fallstudien in vier Bundesländern. Wiesbaden: VS). Danach hat PISA die Einführung von Bildungsstandards, von zentralen Lernstandserhebungen sowie den Ausbau von Ganztagsschulen bewirkt, aber auch neue Diskussionen um Schulstrukturen und die Steuerung des Schulsystems angestoßen, und Bedeutungs-, Ressourcen- und Erkenntnisgewinne für die Bildungsforschung erbracht.

Die u. a. durch PISA eingeleitete empirische Wende hat damit insbesondere zu einer „Output-Orientierung“ bei der Schulbildung geführt, die durch die Einigung der Länder auf verbindliche Bildungsstandards und Kompetenzorientierung für spezifische Fächer auch Einfluss auf die Unterrichtsentwicklung haben. Die Begleitforschung zu Large Scale Assessments wie PISA betrachtet unter je spezifischen Fragestellungen auch Auswirkungen auf die Unterrichtsentwicklung. Fragen des „Teaching to the Test“ und die Definition des Kompetenzbegriffes sind beispielsweise Aspekte, die in Bildungsforschung und Bildungspolitik untersucht und diskutiert werden. Der wissenschaftliche Diskurs hierzu wird in einschlägigen Fachpublikationen veröffentlicht.

25. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Mehrbelastung von Lehrerinnen und Lehrern durch die Einführung von Bildungsstandards vor?

Über die in einschlägigen Fachpublikationen veröffentlichten Ergebnisse hinaus, liegen der Bundesregierung keine spezifischen Erkenntnisse vor.

26. Sieht die Bundesregierung angesichts der hiermit einhergehenden Überprüfung von Schülerleistungen auf die Unterrichtsqualität Forschungsbedarf?

Das Instrument zur Überprüfung des Erreichens von Bildungsstandards ist nicht auf die Beurteilung von Unterrichtsqualität ausgerichtet. Nach Erkenntnissen der Bundesregierung beschäftigen sich jedoch die Institute für Schulqualitätsentwicklung in den Ländern mit diesem Aspekt.

Aus Sicht der Bundesregierung besteht insbesondere Forschungsbedarf im Hinblick auf die professionellen didaktischen und diagnostischen Kompetenzen der Lehrkräfte, die handlungspraktischen Schlussfolgerungen aus Leistungsüberprüfungen und geeignete Rückmeldungen an die Schülerinnen und Schüler, um die Ergebnisse für die individuelle Förderung nutzen zu können.

Im Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung ist die Frage nach den Effekten von flächendeckend eingesetzten Leistungstests auf die Unterrichtsqualität im Zusammenhang mit der Untersuchung zur outputorientierten Steuerung im Schulsystem Gegenstand mehrerer Vorhaben.

27. In welchem Entwicklungsstadium befindet sich das 2011 gegründete „Zentrum für internationale Bildungsvergleichsstudien“, und warum wurde die Arbeit des Zentrums auf die PISA-Studien begrenzt?

Die Arbeit des ZIB ist nicht auf das nationale Projektmanagement für die Durchführung von PISA begrenzt. Zu seinen Aufgaben gehören laut Satzung auch die Sicherstellung und Koordinierung der kontinuierlichen Mitarbeit in internationalen wissenschaftlichen Gremien zu internationalen Bildungsvergleichsstudien sowie Forschung und Nachwuchsförderung im Bereich Educational Measurement. Vom ZIB werden hierfür an den drei beteiligten Einrichtungen (Technische Universität München, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung – DIPF –, Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik – IPN) je eine Stiftungsprofessur finanziert sowie ein Forschungsbudget bereitgestellt. Das ZIB hat seine Arbeit im Oktober 2010 aufgenommen; die Besetzung aller drei Stiftungsprofessuren wird Anfang 2012 abgeschlossen sein.

28. Welche Forschungsergebnisse zum Verhältnis der Größe von Schulklassen und der Qualität des Unterrichts bzw. des Lernerfolgs sind der Bundesregierung bekannt, und welche Schlussfolgerungen hat sie bisher aus diesem Wissensstand gezogen?

Die der Bundesregierung bekannten Forschungsergebnisse belegen im Allgemeinen nur einen schwachen Zusammenhang zwischen Klassengröße und Schülerleistungen (vgl. OECD (Hrsg.): Bildung auf einen Blick 2011, S. 488). Dagegen hat die Unterrichtsqualität einen signifikanten Einfluss auf die Schülerleistungen. Daraus Schlussfolgerungen zu ziehen, fällt in den Zuständigkeitsbereich der Länder.

29. Welche Forschungsergebnisse sind der Bundesregierung zur Auswirkung des Geschlechts der Lehrenden in der Schule, an Fachhochschulen und Hochschulen auf die Lernenden und auf deren Lernerfolge bekannt?

30. Welche Forschungsergebnisse sind der Bundesregierung zur Auswirkung des Geschlechts von Erzieherinnen und Erziehern in Kindertageseinrichtungen auf Kinder und deren weitere Entwicklung bekannt?

31. Welche Forschungsergebnisse sind der Bundesregierung hinsichtlich der Berücksichtigung von Gender Mainstreaming in Kindertageseinrichtungen sowie in der Ausbildung zum Erzieher bzw. zur Erzieherin bekannt?

Die Fragen 29 bis 31 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung sind zahlreiche in einschlägigen Fachpublikationen veröffentlichte Ergebnisse bekannt. Die im Rahmen einer kleinen Anfrage zur Ver-

fügung stehende Bearbeitungszeit bietet nicht die Möglichkeit, diese in komprimierter und reflektierter Form wiederzugeben.

Exemplarisch werden einige Hinweise auf einschlägige Forschungsprojekte gegeben:

In der „Tandem-Studie“ zu männlichem und weiblichem Personal in Kindertagesstätten geht die Evangelische Hochschule Dresden der Frage nach, ob und wie sich Erzieherinnen und Erzieher in der konkreten pädagogischen Praxis von Kindertageseinrichtungen unterscheiden. Das Besondere an dem Vorhaben besteht darin, dass Tandems von Erziehern und Erzieherinnen in gemeinsamen Gruppen in Kindertageseinrichtungen auf ihr konkretes pädagogisches Interaktionsverhalten gegenüber einzelnen Kindern per Video beobachtet werden. Es handelt sich um eine innovative, weltweit erstmalig durchgeführte Analyse, die sich am praktischen Handeln orientiert. Die Ergebnisse werden 2013 vorliegen.

Darüber hinaus werden auch an den Universitäten Innsbruck (Österreich) und St. Gallen (Schweiz) aktuell Forschungsprojekte durchgeführt, mit denen untersucht wird, ob sich männliche Erzieher in der Praxis Kindern gegenüber anders verhalten als Frauen. Die Projekte sind noch nicht abgeschlossen, Ergebnisse liegen deshalb noch nicht vor. Erwähnt sei hier beispielsweise das Schweizer Forschungsprojekt „Puppenstuben, Bauecken und Waldtage: Gender in Kinderkrippen“, das hauptverantwortlich von Prof. Julia Nentwich, Lehrstuhl für Organisationspsychologie, Universität St. Gallen geleitet wird und insbesondere der Frage nachgeht, wie Kinder in Kinderkrippen lernen, ein Junge oder ein Mädchen zu sein, und klären wird, ob Männer als Erziehende andere Impulse in die Arbeit einbringen als Frauen.

Hingewiesen wird auch auf das Projekt Gender Loops, das im Zeitraum von 2006 bis 2008 in Deutschland, Litauen, Norwegen, Spanien und der Türkei Gender Mainstreaming Strategien für die Aus- und Fortbildung für Erzieher/-innen und für Kindertageseinrichtungen entwickelt hat. Eine in der ersten Arbeitsphase durchgeführte Umfrage an Fachschulen zeigt, dass in vielen Fachschulen geschlechterreflektierende Unterrichtsangebote in die Ausbildung integriert sind. Dennoch werden in den meisten Fachschulen diese Themen nur auf Initiative einzelner Lehrer/-innen gefördert und als so genannte Wahlpflichtfächer angeboten. Das heißt, nur wenige Studierende verfügen am Ende ihrer Ausbildung über das theoretische und praktische Wissen zur Umsetzung einer geschlechterbewussten Pädagogik bzw. einer Gender Mainstreaming Strategie in Kitas. Die während des Projekts in der Erzieherausbildung und in Kitas erprobten Unterrichtsmodule, Projekte, Instrumente und Methoden zur Umsetzung von Gender Mainstreaming Strategien sind in die Erarbeitung zweier Publikationen (Gender Loops Curriculum und Gender Loops Praxisbuch) eingeflossen. Die Neuauflage des Gender Loops Praxisbuches wurde 2011 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Des Weiteren gab es in den letzten Jahren verschiedene Praxis- und kleinere (Aktions)Forschungsprojekte zu Gender-Themen in der Kita, wie beispielsweise das Praxisprojekt „Gender Mainstreaming – ein Thema für die Kindertagesstätte. Ein Projekt des Regiebetriebs Kindertagesstätten und der Gleichstellungsstelle“ siehe: www.vernetzungsstelle.de/index.cfm?uuid=2690CD96C2975CC8A3163D8B29097E81&and_uuid=26C707ABC2975CC8AFF3E2D58830DB58 oder das Projekt „Gender Perspektiven – Geschlechterbewusste Pädagogik in der Kita“, das von Tim Rohrmann geleitet wurde (siehe: www.wechselspiel-online.de/literatur/Texte_TR/Rohrmann%20Genderperspektiven%20Hannover%20Endfassung.pdf

Weitere Gender-Projekte werden von Tim Rohrmann in der Expertise „Gender in Kindertageseinrichtungen – Ein Überblick über den Forschungsstand“ auf

den Seiten S. 92 ff beschrieben (siehe: www.dji.de/bibs/Tim_Rohrmann_Gender_in_Kindertageseinrichtungen.pdf).

32. Welche Forschungsprojekte mit Bezügen zu Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf hat die Bundesregierung in den letzten vier Jahren gefördert?

33. Wie bewertet die Bundesregierung den Stand der Forschungsergebnisse zu Möglichkeiten der Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in das deutsche Bildungssystem?

34. Welche Forschungsprojekte hat die Bundesregierung hierzu initiiert bzw. beabsichtigt sie zu initiieren?

35. Welche Forschungsprojekte hat die Bundesregierung in den letzten vier Jahren bezüglich sonderpädagogischer Diagnostik gefördert?

Die Fragen 32 bis 35 werden wegen ihres Zusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Forschungsschwerpunkte des Rahmenprogramms zur Förderung der empirische Bildungsforschung sowie weitere Projekte etwa in den Bereichen „Ganztagsschulforschung“, der WiFF und „Medien in der Bildung“ enthalten einen spezifischen Fokus auf die Teilhabe von Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Speziell das Bildungspanel und die Förderrichtlinie „Chancengerechtigkeit und Teilhabe“ weisen Erhebungsmodule bzw. Projekte zu Fragen der Teilhabe von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderungsbedarf auf.

Das Stichprobendesign des Nationalen Bildungspanels umfasst bereits in der ersten Förderphase (2009 bis 2013) für ausgewählte Klassenstufen ausreichend große, repräsentative Stichproben von Schülerinnen und Schülern an Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen. Geprüft wird die Möglichkeit der Aufnahme von Förderschulen mit zusätzlichen Förderschwerpunkten. Um die aktuelle Entwicklung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention begleiten zu können, werden in den schulischen Kohorten die Eltern, Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer sowie Schulleiterinnen und Schulleiter aller Schularten zum gemeinsamen Unterricht befragt. Untersucht wird u. a., ob und in welcher Weise integriert beschulte Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf als eigene Zielgruppe im Rahmen des NEPS berücksichtigt werden könnten, um zu einem späteren Zeitpunkt auch einen Vergleich zwischen Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Förderschulen und an allgemeinen Schulen zu ermöglichen. Das Nationale Bildungspanel bietet mit den genannten Aspekten erstmals die Möglichkeit, Bildungsverläufe von Kindern mit diagnostiziertem sonderpädagogischen Förderbedarf im Längsschnitt zu verfolgen und statistisch repräsentative sowie überregionale Aussagen über die Lebens- und Bildungsverläufe dieser Gruppe machen zu können.

Zudem unterstützte die Bundesregierung in den letzen vier Jahren auf regelmäßiger Basis die „Europäische Agentur für Entwicklungen in der sonderpädagogischen Förderung“ (EA) der Europäischen Union durch aktive Mitarbeit und finanzielle Förderung. Die Europäische Agentur unterstützte und initiierte eine Vielzahl von Projekten, die in europäisch-vergleichender Perspektive Fragen der sonderpädagogischen Förderung in separierenden und inklusiven Bildungssituationen bearbeiten. Beispielhaft seien aus diesem Zusammenhang folgende Veröffentlichungen genannt:

- „Entwicklung eines Satzes von Indikatoren – für die inklusive Bildung in Europa“, Kyriazopoulou, Weber (Hrsg.), EA, 2009.

- „Grundprinzipien zur Förderung der Qualität in der inklusiven Bildung. Empfehlungen für Bildungs- und Sozialpolitiker/innen“, EA, 2009.
- „Multikulturelle Vielfalt und sonderpädagogische Förderung“, EA, 2009.

Die nationale und internationale Forschung zu den Möglichkeiten der Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf beziehungsweise mit besonderem Bedarf an Förderung liefert vielfältige Evidenzen, die zeigen, dass ein inklusiver Unterricht sehr erfolgreich sein und allen Schülerinnen und Schülern zugutekommen kann. Das Gelingen von Inklusion ist von vielfältigen Einflussfaktoren abhängig. Diese Einflussfaktoren sind noch nicht für jede Form der Beeinträchtigung, für jede Schulform und für die verschiedenen Unterrichtsformen in erschöpfender Weise wissenschaftlich untersucht worden.

Vom ZIB wird die Qualität der Kompetenzmessung und Befragung von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf in den Blick genommen, was zur Vorbereitung einer ergänzenden Studie im Rahmen von PISA 2012 führte. Hierdurch können 2012 erstmals auch die Kompetenzen der besonders schwachen Schülerinnen und Schüler differenzierter beschrieben werden.

36. Plant die Bundesregierung nach 2011 eine Fortführung der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Ganztagsschulprogramm, und falls nein, warum nicht?

Die Bundesregierung wird die „Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen – StEG“ des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung, des Deutschen Jugendinstituts, des Instituts für Schulentwicklungsforschung und der Justus-Liebig-Universität Gießen von 2012 bis 2015 mit dem Schwerpunkt der Qualität und Wirkungen von Ganztagsangeboten fortführen.

37. Welche Erkenntnisse zu den Auswirkungen von Architektur, Gestaltung und Ausstattung der Schul- und Klassenräume auf die Qualität des Unterrichts und die Lernergebnisse sowie auf die Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler liegen der Bundesregierung vor?

38. Wie sollen diese Erfahrungen in der Bildungsforschung bzw. in der Forschung zur Bauökologie vertieft werden?

39. Auf welche Weise sollen die positiven Erfahrungen und Erkenntnisse, die zum Beispiel in den USA mit der Baupädagogik belegt sind, in Deutschland aufgenommen werden?

Die Fragen 37 bis 39 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

In der Forschung wird Bauen nicht nur als ein technischer, sondern auch als ein sozialer Prozess betrachtet. Schulische Räume beeinflussen das Lernverhalten und die sozialen Interaktionen. Daher gilt der schulische Raum neben den Gleichaltrigen und den Erwachsenen als der „dritte Lehrer“. In dieser Perspektive widmet sich auch zunehmend die Schul- und Bildungsforschung den Wirkungen pädagogischer Räume. Sie unterscheidet dabei zwischen den Absichten, die mit der Gestaltung von pädagogischen Räumen verbunden sind, und nichtintendierten Wirkungen und Effekten. Darüber hinaus gibt es aus dem Bereich der Architekturpsychologie Forschungsergebnisse auch im deutschsprachigen Raum (vgl. Rotraud Walden wie auch Christian Rittelmeyer), die auf die positiven und negativen Effekte der Wirkungen von Räumen und Raumgestaltungen auf die Lernergebnisse von Kindern und Jugendlichen verweisen. Ferner sei an

dieser Stelle exemplarisch auch auf die Aktivitäten des Fraunhofer Instituts für Bauphysik hingewiesen, welches am 22./23. November 2011 den Kongress „Zukunftsraum Schule“ veranstaltet.

Mit der Initiative „Architektur macht Schule“ unterbreiten die Architektenkammern der Länder und die Bundesarchitektenkammer ein breites Spektrum von Bildungs- und Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte und Schüler zur lerngerechten Ausgestaltung von Schulen. Im Rahmen von Kooperationsverträgen mit den Landesregierungen bringen sich die Architektenkammern auch in die pädagogisch-bauliche Gestaltung von Ganztagsschulen ein. Sowohl im Rahmen des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) als auch im Rahmen des Konjunkturprogramms II von Bund und Ländern, in dem 8,6 Mrd. Euro für die energieeffiziente Sanierung von Bildungseinrichtungen bereitgestellt wurden, wurden die Mittel auch für die Umsetzung innovativer pädagogischer Konzepte und die Schaffung förderlicher Lehr- und Lernbedingungen beim Um- und Ausbau von Schulen genutzt. Das Begleitprojekt zum Forschungsvorhaben „Energieeffiziente Schule (EnEff:Schule)“, das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie im Rahmen des Förderkonzeptes „Energieoptimiertes Bauen (EnOB)“ gefördert wird, hat zum Ziel, sämtliche Aktivitäten auf dem Gebiet der energieeffizienten Schulsanierung zusammenzuführen und darzustellen.

Positive Erfahrungen aus den USA oder Schweden, die dabei aufgenommen werden, sind insbesondere Formen des „partizipativen Bauens“, bei dem bauliche Lösungen gemeinsam mit den Lernenden und Lehrenden entwickelt werden. Mittlerweile gibt es auch im deutschsprachigen Raum vielfältige positive Erfahrungen wie unter anderem Schulbauten von Peter Hübner oder Susanne Hofmann (Baupiloten) belegen. Dahinter steht ein Raumverständnis, nach dem sich Kinder und Jugendliche Räume selbstständig „aneignen“ und aufgrund ihrer partizipativen Möglichkeiten zugleich erweiterte Verantwortung übernehmen. Über gelungene Beispiele berichtet u. a. der Internetauftritt www.ganztagsschulen.org. Die Bundesregierung befindet sich mit den einschlägigen Institutionen in engem fachlichem Austausch.

40. Wie würde die Bundesregierung den aktuellen Stand des wissenschaftlichen Wissens zur Abhängigkeit des Bildungserfolges vom sozialen Status beschreiben, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit 2009 in die Wege geleitet, um dieses Problem abzumildern?

Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland wurde durch Untersuchungen wie PISA, IGLU und TIMSS auch im internationalen Vergleich vielfach belegt. Bund und Länder haben darauf mit der gemeinsamen Qualifizierungsinitiative für Deutschland „Aufstieg durch Bildung“ reagiert.

Das BMBF hat seit 2009 zudem zur Unterstützung von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern beispielsweise die Allianz für Bildung ins Leben gerufen, das Programm „Lesestart – Drei Meilensteine für das Lesen“ gestartet und den Schwerpunkt „Forschungsinitiative Sprachdiagnostik und Sprachförderung“ (FiSS) im Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung eingerichtet. Innerhalb des Rahmenprogramms zur Förderung der empirischen Bildungsforschung wurde in 2011 der Forschungsschwerpunkt „Chancengerechtigkeit und Teilhabe. Sozialer Wandel und Strategien der Förderung“ gestartet. Ziel des interdisziplinären Forschungsschwerpunkts ist die vertiefende Untersuchung der Erscheinungsformen und Ursachen ungleicher Bildungsteilhabe vor dem Hintergrund des sozialen und demographischen Wandels unter Einschluss formaler und non-formaler Bildungsprozesse. Dabei steht unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungen und Forschungsergebnisse insbe-

sondere die Wirkungsweise von Maßnahmen, Programmen und Förderstrategien zur Verringerung riskanter Bildungsverläufe im Blickpunkt. Schwerpunkte der Forschung sind die Bildungsmobilität von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie die Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf einschließlich des Übergangs von der Schule in die Ausbildung. Dafür stellt das BMBF insgesamt 10 Mio. Euro zur Verfügung.

Die Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen ist darüber hinaus seit 2005 Bestandteil der Forschungen zu Ganztagsschulen, darunter der „Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen – StEG“.

Mit der Initiative JUGEND STÄRKEN und seinen vier Programmen „Schulverweigerung – Die 2. Chance“, „Kompetenzagenturen“, „Jugendmigrationsdiensten“ und „Aktiv in der Region“ unterstützt die Bundesregierung bundesweit an rund 800 Standorten junge Menschen mit schlechteren Startchancen im Bildungsbereich durch individuelle Begleitung in der Schule und am Übergang von der Schule in den Beruf. Pro Jahr stehen hierfür im Durchschnitt aus Bundes- und ESF-Mitteln (ESF: Europäischer Sozialfonds) rund 84 Mio. Euro zur Verfügung.

41. Welche Projekte der vom Bund geförderten Bildungsforschung befassen sich mit Möglichkeiten zur Verbesserung der Bildungschancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund?

Leistungsmerkmale von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden im Rahmen der empirischen Bildungsforschung seit 2006 durchgängig in den Berichten „Bildung in Deutschland“ im Berufsbildungsbericht, in den Bewerberbefragungen des BIBB und den Lageberichten der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration dokumentiert.

Erwerb, Feststellung und Förderung von Kompetenzen in der deutschen Sprache bei Kindern ohne und mit Migrationshintergrund stehen im Fokus der „Forschungsinitiative Sprachdiagnostik und Sprachförderung (FiSS)“ im Kontext des Rahmenprogramms zur Förderung der Empirischen Bildungsforschung.

Im Rahmen der Forschung zu Ganztagsschulen haben neben der „Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen – StEG“ mehrere Forschungsprojekte die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund als Schwerpunkt: „Ganztagsorganisation im Grundschulbereich: Welche Unterstützungsleistung bieten Ganztagsangebote für Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache und für Kinder aus bildungsfernen Schichten?“ (FU Berlin/Universität Potsdam, Leitung: Prof. Hans Merkens), „Ganztagsschulbesuch und Integrationsprozesse bei Migranten“ (Julius-Maximilians-Universität Würzburg/Universität Hamburg, Leitung: Prof. Dr. Heinz Reinders, Prof. Dr. Ingrid Gogolin) und „Potenziale der Ganztagsförderschule (Schwerpunkt Lernen) zur Optimierung der Relation zwischen Familie und Schule unter besonderer Berücksichtigung positiver Beeinflussungsmöglichkeiten elterlicher Erziehungskompetenzen zur Unterstützung schulischen Lernens“ (Leibniz Universität Hannover, Leitung: Prof. Dr. Rolf Werning, PD Dr. Michael Urban, Kapriel Meser).

Hingewiesen wird in diesem Zusammenhang unter anderem auch auf das Verbundvorhaben „Integration hochqualifizierter Migrantinnen auf dem deutschen Arbeitsmarkt“ der Humboldt-Universität zu Berlin, der TU Hamburg-Harburg und der RWTH Aachen sowie das Vorhaben der FH Bielefeld „Migrantinnen in Führungspositionen: Erfolgsfaktoren auf dem Weg an die Spitze“.

Das Nationale Bildungspanel, das die Bildungsprozesse und die Kompetenzentwicklung der Menschen im Lebensverlauf untersucht, richtet einen besonderen

Blick auf die Bildungsprozesse von Personen mit Migrationshintergrund. Das Thema „Bildungserwerb von Personen mit Migrationshintergrund im Lebenslauf“ ist eine von fünf „Säulen“ des NEPS. Erwartet werden detaillierte Kenntnisse und Informationen über die Zusammenhänge und Interdependenzen von Bildungserwerb und Migration, so zum Beispiel hinsichtlich der Bedingungen und den Möglichkeiten der Förderung des schulischen Erfolgs von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, zu ethnischen, sozialen und geschlechterbezogenen Disparitäten im schulischen Erfolg sowie zur Förderung des Zweitspracherwerbs und der Lesekompetenz.

Im Rahmen des Forschungsschwerpunkts „Chancengerechtigkeit und Teilhabe“ werden in einer Reihe von Forschungsvorhaben die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus unterschiedlichen Perspektiven untersucht. Beispielhaft seien die folgenden Vorhaben genannt: „Wirksamkeit von Bildungs- und Interventionsprogrammen zur Prävention und Kompensation von Armuts- und Migrationsfolgen“ (Universität Jena, Leitung Prof. Dr. Andreas Beelmann), „Warum sind unterschiedliche Herkunftsgruppen unterschiedlich bildungserfolgreich? Zum Zusammenspiel zwischen sozialem und kulturellem Kapital im Bildungsverhalten von Migrantenfamilien“ (Universität Chemnitz/Universität Hamburg, Leitung Prof. Dr. Bernhard Nauck) sowie „Die Rolle schulbezogener sozialer Netzwerke für Abiturleistung und Berufswahl einer sozial und ethnisch heterogenen Schülerschaft“ (Universität Bremen, Leitung Prof. Dr. Dirk Fornahl).

42. Mittels welcher Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung Forschungsprojekte zum Übergang zwischen Bildungseinrichtungen (Kindergarten, Schule, Universität, Weiterbildung)?

Fragen des Übergangs zwischen Bildungsetappen und -systemen sind Bestandteil des Nationalen Bildungspanels, das Längsschnittdaten u. a. zu Bildungsentscheidungen über die gesamte Lebensspanne erhebt. Dabei nimmt das NEPS die Gesamtheit des deutschen Bildungswesens in den Blick.

Gezielt fördert das BMBF darüber hinaus Bildungsforschungsprojekte zur „Kooperation von Elementar- und Primarbereich“ und damit zur besseren Gestaltung des Übergangs von der Kindertageseinrichtung zur Grundschule. In insgesamt 18 Projekten in ganz Deutschland wird im Projekt „Bildungshaus 3-10“ der Übergang zwischen zwei institutionalisierten Bildungsbereichen in den Blick genommen.

Überdies wird die „Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen – StEG“ des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung, des Deutschen Jugendinstituts, des Instituts für Schulentwicklungsforschung und der Justus-Liebig-Universität Gießen von 2012 bis 2015 verstärkt Wirkungen der Teilnahme an Ganztagsangeboten auf die Übergänge von der Grundschule in die weiterführenden Schulen sowie den Übergang von der Schule in die Ausbildung untersuchen.

Weiterhin werden Fragen des Übergangs – etwa zwischen Schule und Hochschule sowie zwischen Schule und beruflicher Ausbildung – in einigen Promotionsprojekten (Nachwuchsförderprogramm) im Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung untersucht. Im Forschungsschwerpunkt „Sprachdiagnostik/Sprachförderung“ werden in längsschnittlich angelegten Forschungsvorhaben Fragen sprachlicher Bildung am Übergang von der Kita in die Schule und am Übergang vom Primar- in den Sekundarbereich des Schulwesens untersucht.

43. Welche Forschungsprojekte aus dem Themenfeld der politischen Bildung werden durch den Bund im Rahmen der Bildungsforschung unterstützt?

Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) hat in Zusammenarbeit mit dem Institut „Sinus Markt- und Sozialforschung“ mehrere qualitative Forschungsprojekte zu politischen Bildungsangeboten für bildungsferne Jugendliche durchgeführt. Derzeit beteiligt sich die BpB an einem weiteren Projekt zur Untersuchung jugendlicher Lebenswelten u. a. zu Politikverständnis- und -wahrnehmung, politische Interessen und Engagementbereitschaft in unterschiedlichen Jugendmilieus. Die Ergebnisse dieser Studie werden Anfang 2012 vorliegen.

44. Welche deutschen Forschungsprojekte aus den letzten vier Jahren sind der Bundesregierung bekannt, die sich mit Maßnahmen zur Bekämpfung des politischen Extremismus im Rahmen der Bildungsförderung befasst haben, und sieht die Bundesregierung hier einen verstärkten Förderbedarf?

Die Bundesregierung hat im Rahmen ihrer Programme zur Extremismusprävention die „Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ beim Deutschen Jugendinstitut eingerichtet und gefördert. Diese hat in den letzten Jahren Formen außerschulischer Bildungsarbeit in folgenden Themenschwerpunkten erforscht: Pädagogisch-bildnerische Prozesse

a) zu Rechtsextremismus in der Auseinandersetzung der Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen,

b) zu interkulturellem Lernen als Prävention von Fremdenfeindlichkeit als dem zentralen Syndrom von Rechtsextremismus,

c) zu Fremdenfeindlichkeit als Facette von Rechtsextremismus in der frühkindlichen Prävention,

d) in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit u. a. in der sozialpädagogischen Arbeit mit Fußballfans,

e) in der Auseinandersetzung mit rechtsextremer Musik.

In Rahmen des Präventionsprogramms „Initiative Demokratie stärken“, das im präventiv-pädagogischen und bildungsorientierten Bereich ansetzt, ist geplant, qualitative Forschungsvorhaben zu fördern, die die Ursachen von Linksextremismus und islamistischen Extremismus bei Jugendlichen und jungen Menschen in Deutschland untersuchen. Die Bundesregierung sieht hier einen verstärkten Förderbedarf.

45. Mit welchen Maßnahmen und im Rahmen welcher Projekte wird die Nutzung neuer Medien in der Bildung durch Forschungsprojekte begleitet bzw. befördert?

46. Welche in den letzten vier Jahren vom Bund geförderten Projekte der Bildungsforschung lassen sich dem Themenkomplex eLearning/distant learning zuordnen?

Die Fragen 45 und 46 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das BMBF fördert innerhalb der bildungspolitischen Zuständigkeiten im Bereich der Nutzung digitaler Medien in der Bildung (eLearning/distance learning) unter anderem Entwicklungs- und Erprobungsprojekte mit Forschungsanteilen. Im Rahmen der Fördermaßnahmen

- Entwicklung und Einsatz digitaler Medien in der beruflichen Qualifizierung,

- Weiterentwicklung und Einsatz von Web 2.0 Technologien in der beruflichen Qualifizierung,
- Entwicklung und Einsatz von mobil nutzbaren Technologien, digitalen Medien und Diensten in der beruflichen Qualifizierung

werden derzeit ca. 50 Verbundvorhaben in einem Umfang von jährlich 16 Mio. Euro aus nationalen Mitteln und dem ESF gefördert. Ziel ist es, mit diesen praxisorientierten Vorhaben neue, kreative Formen von Arbeits-, Qualifizierungs- und Kommunikationsprozessen mit digitalen Medien in der beruflichen Bildung anzuregen.

47. Welche Forschungsprojekte zum Einsatz von digitalen Medien im Unterricht hat die Bundesregierung in den letzten vier Jahren gefördert bzw. plant sie zukünftig zu fördern?

Nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes liegt die Zuständigkeit für das Schulwesen seit jeher bei den Ländern. Die Föderalismusreform I von 2006, deren Ziel es war, die föderale Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern zu entflechten und transparenter zu machen, hat daran nichts geändert. Schulrelevante Fragestellungen wie auch der Einsatz von digitalen Medien im Unterricht liegen somit in der Zuständigkeit der Länder, Schulträger und Kommunen.

48. Welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung aus den jüngsten Ergebnissen der Bildungsforschung gezogen, die einen massiven Handlungsbedarf in den Bereichen Alphabetisierung und Grundbildung konstatiert haben?

Die Bundesregierung hat, gemeinsam mit den Ländern, zu einem nationalen Grundbildungspakt aufgerufen und alle relevanten Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dazu eingeladen, um die Zahl der funktionalen Analphabetinnen und Analphabeten und von unzureichender Grundbildung Betroffenen nachhaltig zu reduzieren. Die von Bund und Ländern angestrebte nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung bezieht Unternehmensverbände, Gewerkschaften, Kammern, Volkshochschulverbände, die Kirchen und andere Akteure ein. Als Beitrag der Bundesregierung ist ein neuer Förderschwerpunkt mit einem Fördervolumen von mehr als 20 Mio. Euro bis 2014 in Vorbereitung, um die Forschung und Entwicklung zur Alphabetisierungs- und Grundbildungsarbeit für Erwachsene – insbesondere bezogen auf arbeitsplatzbezogene Kompetenzen und Beschäftigungsfähigkeit – weiter voranzutreiben.

49. In welcher Höhe hat die Bundesregierung in den letzten vier Jahren die Alphabetisierungsforschung und in welcher Höhe die Forschung im Bereich der Grundbildung gefördert?

Für den Förderschwerpunkt „Forschung und Entwicklung zur Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener“ hat die Bundesregierung in den letzten vier Jahren rund 35 Mio Euro zur Verfügung gestellt. In 24 Verbünden wurden über 100 Einzelprojekte gefördert.

Darüber hinaus hat das BMBF in drei Projekten die Entwicklung und den Ausbau des heutigen Lernportals www.ich-will-lernen.de bis Mai 2011 mit einer Fördersumme von insgesamt 6 Mio. Euro gefördert. Zuwendungsempfänger war der Deutsche Volkshochschul-Verband e. V.

Des Weiteren ist mit der Entwicklung eines Lernportals „www.ich-will-deutsch-lernen.de“ zur Förderung der sprachlichen, beruflichen und gesellschaftlichen

Integration Zugewanderter durch den Deutschen Volkshochschulverband begonnen worden. Das BMBF fördert diesen Aufbau mit 2 Mio. Euro – Zeitraum: 1. Oktober 2010 bis 30. September 2013.

Für die vom BMBF geförderte leo. – Level-One Studie, die erstmals valide Zahlen zur Größenordnung des funktionalen Analphabetismus in Deutschland geliefert hat, werden rd. 1,3 Mio. Euro aufgewandt.

Als weiteren Beitrag zur Weltalphabetisierungsdekade hat das BMBF zwischen 2003 und 2010 jährliche Fachtagungen „Alphabetisierung und Grundbildung in Deutschland“ des Bundesverbandes Alphabetisierung und Grundbildung mit insgesamt 660 000 Euro finanziell gefördert.

Eine Differenzierung zwischen Alphabetisierung und Grundbildung hinsichtlich der aufgewandten Mittel lässt sich nicht vornehmen, da die Förderung i. d. R. nicht zwischen den Bereichen differenziert, sondern vielfältige Überschneidungen bestehen.

50. Welche Fördermaßnahmen plant das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Anschluss an den von 2008 bis 2012 laufenden Förderschwerpunkt „Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Bereich Alphabetisierung/Grundbildung für Erwachsene“?

Das BMBF wird die Forschungs- und Entwicklungsarbeit zur Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener mit einem neuen Förderschwerpunkt zu arbeitsplatzorientierter Alphabetisierung und Grundbildung weiter voran treiben. Dieser baut auf den Erfahrungen des Förderschwerpunktes „alphabund“ auf und hat die Weiterentwicklung der bereits erfolgten, grundlegenden Forschung sowie bestehender Konzepten und Erfahrungen zum Ziel. Der neue Förderschwerpunkt wird Bestandteil der nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung (siehe auch Antwort zu Frage 48).

51. Welche Maßnahmen und Forschungsprojekte zur Verbesserung der Bildungsberatung hat die Bundesregierung im Nachgang zum Bericht „Bestandsaufnahme in der Bildungs-, Berufs- und Beschäftigungsberatung und Entwicklung grundlegender Qualitätsstandards“ vom Mai 2007 in die Wege geleitet?

Die Ergebnisse des Berichts bildeten eine wichtige Grundlage für die Arbeit des vom BMBF einberufenen Innovationskreises Weiterbildung (IKWB), der Empfehlungen für die Zukunft der Weiterbildung und das Lernen im Lebenslauf erarbeitete, darunter auch zum Ausbau und zur Verbesserung der Bildungsberatung. Nicht zuletzt auf dieser Grundlage fördert die Bundesregierung zahlreiche Maßnahmen und Angebote, um den Zugang zu Bildungsberatungsangeboten zu erleichtern und die Qualität der Beratungsangebote zu verbessern, so z. B.:

- „Lernorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung (LQW)“, ein „den anerkannten Regeln der Technik entsprechendes systematisches Instrument der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung“ nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch – SGB III (§ 8 Absatz 4 AZWV).
- Studie „Qualität und Professionalität in der Bildungs- und Berufsberatung“ (2008): Die Studie erfasst bestehende Aktivitäten zur Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Bildungs- und Berufsberatung in Deutschland und integriert systematisch verschiedene Strategien in einen Qualitätsentwicklungsrahmen (QER).
- „Offener Koordinierungsprozess zur Qualitätsentwicklung in der Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung“ (seit 2009; Nationales Forum für Bera-

tung in Beruf, Bildung und Beschäftigung“ (nfb) in Kooperation mit der Universität Heidelberg): Ziel des Projekts ist es, unter Einbezug der relevanten Akteure von Berufs- und Bildungsberatung gemeinsame Qualitätsstandards für die Berufs- und Bildungsberatung zu definieren. In einem Teilvorhaben der Universität Heidelberg wird der in der oben genannten Studie entwickelte Qualitätsentwicklungsrahmen derzeit in ausgewählten Beratungseinrichtungen erprobt.

- Im BMBF-Programm „Lernen vor Ort“ entwickeln und erproben 40 Kreise und kreisfreie Städte seit 2009 Steuerungsmodelle für ein Bildungsmanagement auf kommunaler Ebene. Dabei soll auch die Angebotsstruktur für Bildungsberatungsdienstleistungen auf kommunaler Ebene so ausgestaltet werden, dass allen Bürgerinnen und Bürgern ein transparenterer und auf individuelle Bedürfnisse ausgerichteter Zugang zu Bildungsberatung gewährleistet wird.
- 2009 wurde vom BMBF ein Konsortium mit der Erstellung eines Fachkonzeptes für ein Servicetelefon und ein Internetportal für den Bereich Weiterbildungsberatung beauftragt. Zentrale Gelingensbedingungen des 2011 vorgelegten Konzepts ist es, die vorhandene Weiterbildungslandschaft, die sich in den Ländern unterschiedlich darstellt, einzubeziehen. Hier wird zurzeit geprüft, mit welchen Materialien, Infrastrukturen etc. das Konzept umgesetzt werden kann.
- Das BMBF förderte zudem Projekte zur Unterstützung der Arbeit externer Berater (BOHa-Beratungsoffensive Handwerk – Entwicklung eines Bildungsberatungssystems (1. November 2005 bis 30. November 2009), IMODE – Beratungsinstrumente zur betrieblichen Weiterbildung in Low-Tech-Branchen und Klein- und Mittelbetrieben (1. Oktober 2005 bis 30. Juni 2008).
- Derzeit fördert das BMBF mit dem Projekt MARQA ein Vorhaben, das die strukturellen Rahmenbedingungen für Qualifizierungsberatung in bzw. für Unternehmen beschreibt und zudem eruiert, mit welchen Strategien Qualifizierungsberatung als eine Dienstleistung im (Weiterbildungs-)Markt etabliert werden kann (MARQA – Strukturen und Strategien für eine marktfähige Qualifizierungsberatung (1. Mai 2009 bis 31. März 2012).
- Die Bundesagentur für Arbeit hat in den letzten Jahren ihre eigene Beratungskonzeption für jugendliche Berufswähler, Erwachsene und Rehabilitandinnen/Rehabilitanden weiterentwickelt. Dies schließt die Etablierung von Qualitätsstandards für die Beratung mit ein. Darüber hinaus gewinnt die BA Erkenntnisse zur Qualität ihrer Beratungsdienstleistung unter anderem aus regelmäßig durchgeführten Kundenbefragungen zur Qualität der Beratung im Bereich Berufsberatung/U25 und Rehabilitation.
- Durch seine Fördermitgliedschaft im Nationalen Forum Beratung unterstützt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die kontinuierliche Verbesserung der Bildungsberatung.

Ergänzend wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zur Situation der Berufs- und Bildungsberatung in Deutschland auf Bundestagsdrucksache 17/5717 verwiesen.

52. Wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Verlauf der Berufsbildungsforschungsinitiative (BBFI), und welche politischen Initiativen hat die Bundesregierung in Reaktion auf die bisherigen Ergebnisse gestartet?

Seit 2006 werden im Rahmen der Berufsbildungsforschungsinitiative (BBFI) des BMBF Forschungsvorhaben ausgeschrieben, um evidenzbasiertes Wissen für bildungspolitisches Handeln der Bundesregierung zu generieren und der ge-

samten deutschen Berufsbildungsforschungslandschaft eine Beteiligung hieran zu eröffnen. Die Initiative ist inhaltlich an aktuell bedeutsamen bildungspolitischen Anforderungen ausgerichtet. Gegenwärtig orientiert sich das Forschungsprogramm an folgenden politisch relevanten thematischen Schwerpunkten: demographischer Wandel und Ausbildungsmarkt, Optimierung von Übergängen, Grundsatzfragen der Aus- und Weiterbildung, europäische Öffnung. Die bislang geförderten Projekte haben wertvolle Impulse geliefert und direkt oder indirekt zur Entwicklung zukunftsweisender Initiativen und Programme des BMBF in der beruflichen Bildung, wie etwa zu den Modellversuchsschwerpunkten „Neue Wege in die Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“ und „Qualitätsentwicklung und -sicherung in der betrieblichen Berufsausbildung“ sowie zu der BMBF-Initiative „Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ beigetragen.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein der BBFI war die Etablierung einer eigenen Veröffentlichungsreihe. In der zu Beginn des Jahres 2009 gestarteten Reihe „Berufsbildungsforschung“ werden schwerpunktmäßig Studien der BBFI für Politik, Wissenschaft, berufliche Praxis und interessierte Öffentlichkeit publiziert. Damit ist eine Plattform geschaffen worden, auf der die gewonnenen Forschungsergebnisse einer breiten Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht und zur Diskussion gestellt werden. Mittlerweile sind 13 Bände der Reihe erschienen.

53. Welche Forschungsprojekte fördert die Bundesregierung aktuell zu den Hintergründen für den Abbruch einer Ausbildung (bitte um tabellarische Übersicht)?

Im Rahmen der BBFI ist im Jahr 2008 die Studie „Ausbildungsabbrüche vermeiden – neue Ansätze und Lösungsstrategien“ erarbeitet und als Band 6 der Reihe „Berufsbildungsforschung“ veröffentlicht worden. Die Expertise hat nicht zuletzt bedeutende Impulse für die Ende 2008 gestartete Initiative zur „Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen“ (VerA) im JOBSTARTER-Programm des BMBF gegeben, die eine individuelle Begleitung von Jugendlichen in schwierigen Situationen am Ausbildungsplatz durch ehrenamtliche Praktikerinnen und Praktiker mit Berufserfahrung ermöglicht.

Das Thema „Abbruch einer Ausbildung“ wird auch im Nationalen Bildungspanel (NEPS) aufgegriffen. Befragte, die ihre Ausbildung abgebrochen haben, erhalten spezielle Fragen zu den Gründen des Ausbildungsabbruchs. Zusätzlich gibt es für Jugendliche im ersten Ausbildungsjahr bereits ein prospektives Modul, um mögliche zukünftige Ausbildungsabbrüche aus Sicht des Rational-Choice-Ansatzes und konkurrierenden Erklärungsansätzen aus dem Bereich Bounded Rationality zu erklären. Dieses Modul enthält z. B. Fragen zu Abbruchabsichten, der Zufriedenheit mit der aktuellen Ausbildungssituation und dem erwarteten zukünftigen Nutzen der Ausbildung für die berufliche Zukunft.

54. Welche der in den letzten vier Jahren vom Bund geförderten Forschungsprojekte haben sich mit den Hintergründen für den Abbruch eines Studiums befasst?

Explizit setzte sich das Projekt „Ursachen des Studienabbruchs in den neu eingeführten Bachelor- und Master-Studiengängen im Vergleich zu den bisherigen Diplom-, Magister- und Staatsexamens-Studiengängen“ mit dieser Thematik auseinander (Laufzeit: 11/2007 bis 03/2009). Zuwendungsempfänger war die HIS GmbH. Im Rahmen der 2008 veröffentlichten Förderbekanntmachung „Hochschulforschung als Beitrag zur Professionalisierung der Hochschullehre“ werden darüber hinaus eine ganze Reihe von Projekten gefördert, die sich mit unterschiedlichen Aspekten die Studienbedingungen betreffend auseinanderset-

zen und insofern weitere Erkenntnisse zu den Voraussetzungen für erfolgreiche Studienverläufe liefern.

55. Wie bewertet die Bundesregierung den Erkenntnisstand bezüglich der Verfügbarkeit und der Nutzung von Angeboten der Weiterbildung – insbesondere vor dem Hintergrund des konstatierten Fachkräftemangels, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in der Bildungsforschung, um hier Verbesserungen zu erzielen?

Die Stärkung von Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung ist Schwerpunkt des Fachkräftekonzeptes der Bundesregierung. Das Weiterbildungsangebot ist vielseitig, heterogen und dezentral organisiert. Dabei handelt es sich um berufliche, betriebliche oder sonstige Weiterbildungsangebote privater, öffentlicher, kirchlicher oder anderer Träger.

Diese Angebote werden aufgrund einer beruflichen, betrieblichen oder privaten Zielsetzung von Erwachsenen in Anspruch genommen und durch unterschiedliche Akteure initiiert bzw. gefördert, wie z. B. durch die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, durch gesetzliche Auflagen oder durch die Förderung von Bund und Ländern. Ein vollständiger Überblick über diesen Weiterbildungsmarkt und die damit verbundene Nachfrage oder Inanspruchnahme liegt der Bundesregierung nicht vor.

Auf der Basis des europäischen Berichtskonzepts „Adult Education Survey (AES)" wird europaweit einheitlich die Weiterbildungsbeteiligung Erwachsener erhoben. Als Ergebnis der Erhebung in 2010 ist festzuhalten, dass die Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland weitgehend stabil geblieben ist. Bei einer Differenzierung nach Stellung im Beruf ist festzustellen, dass je höher die Stellung ist, umso höher ist auch die Weiterbildungsbeteiligung (Beamte: 73 Prozent , Arbeiter: 29 Prozent). Vor dem Hintergrund des erwarteten wachsenden Fachkräftebedarfs ist die Weiterbildungsbeteiligung von Frauen sowie Älterer von besonderem Interesse. Die Teilnahme von Frauen insgesamt liegt mit 42 Prozent etwa gleich hoch wie die der Männer (43 Prozent), hierbei sind aber die unterschiedlichen Erwerbsstrukturen zu berücksichtigen. Die aktuelle Erhebung zeigt auch, dass insbesondere hier ein Aufwuchs zu verzeichnen ist. Die Beteiligungsquote der 55 bis 59- sowie der 60 bis 64-Jährigen ist im Vergleich von 2007 und 2010 gestiegen (von 37 Prozent auf 40 Prozent bzw. von 18 Prozent auf 27 Prozent).

Die Beteiligung an beruflicher Weiterbildung ist in der langfristigen Perspektive auch insgesamt gestiegen, stagniert aber in den letzten Jahren. Während der Wirtschafts- und Finanzkrise ist das betriebliche Angebot an Weiterbildung zurückgegangen und hat sich auch im wirtschaftlichen Aufschwung (noch) nicht erholt.

Trotz der im Zeitverlauf gestiegenen Weiterbildungsaktivitäten gibt es jedoch Bereiche, die sich nach wie vor nur unterdurchschnittlich an Weiterbildung beteiligen. Hierzu gehören auf der Betriebsebene insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, und auf der Personenebene Geringqualifizierte, Ältere sowie teilzeitbeschäftigte Frauen mit betreuungsbedürftigen Angehörigen.

Wie empirische Untersuchungen z. B. des IAB zeigen, wird Weiterbildung aus betrieblicher Perspektive als wichtige Strategie zur Deckung eines bereits bestehenden bzw. für die Zukunft erwarteten wachsenden Fachkräftebedarfs gesehen. So ist das Weiterbildungsengagement der Unternehmen dann höher, wenn sie bereits derzeit mit Rekrutierungsengpässen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert sind oder solche für die Zukunft befürchten.

Gerade vor dem Hintergrund des erwarteten wachsenden Fachkräftebedarfs erscheint allerdings die nach wie vor geringe Weiterbildungsbeteiligung Älterer

problematisch. Das Gleiche gilt für die unterdurchschnittliche Weiterbildungsbeteiligung von teilzeitbeschäftigten Frauen.

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Bildungsforschung ist die Bundesregierung mit den Ländern, den Sozialparteien u. a. Partnern im Bereich der Weiterbildung im Gespräch, mit dem Ziel, mehr Jüngere und Ältere für Weiterbildung zu gewinnen, entsprechende Förderangebote der Bundesregierung zielgerichtet einzusetzen, die Transparenz und Qualität des Weiterbildungsangebots zu verbessern und die Aus- und Weiterbildung effektiver zu verzahnen.

In diesem Kontext hat die Bundesregierung im November 2011 eine Informationskampagne zur Attraktivitätssteigerung beruflicher Bildung gestartet sowie eine zweite Förderphase der Bildungsprämie im Zeitraum 2012/2013 beschlossen.

Basierend auf der Studie „Leo–Level-One" zum Ausmaß des Analphabetismus Erwachsener wird derzeit eine nationale Strategie zur Alphabetisierung und Grundbildung vorbereitet (siehe auch Antwort zu Frage 49). Forschungsperspektiven für die berufliche Weiterbildung und das lebensbegleitende Lernen 2012 ff. entwickelt das BMBF gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung in einem Forschungsprojekt gekoppelt mit einer Workshopreihe.

56. Welche wissenschaftlichen Kenntnisse liegen der Bundesregierung bezüglich der Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Bildungsstrukturen und -einrichtungen in Deutschland vor?

57. Welche Auswirkungen des demographischen Wandels erwartet die Bundesregierung für das Bildungssystem (neue Schwerpunktsetzungen, wachsende Bedeutung des lebenslangen Lernens usw.), und liegen zu dieser Frage bereits Forschungsergebnisse vor?

58. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass der demographische Wandel zu erheblichem Veränderungsbedarf bei Bildungsangeboten führen wird, und mit welchen Projekten unterstützt die Bundesregierung den Aufbau von Wissensgrundlagen zur Gestaltung dieser Veränderungen?

Die Fragen 56 bis 58 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der demographische Wandel wird sich auf das Bildungswesen in Deutschland vielfältig auswirken. So wird es nicht nur notwendig sein, die einzelnen Bildungsbereiche an Geburtenentwicklung und Alterungsprozess anzupassen. Aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen werden Anpassungserfordernisse gesehen bei der Qualität bestehender Bildungsangebote und hinsichtlich der Entwicklung neuer Angebote. Beispielhaft gilt dies für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, der frühkindlichen Bildung und der Ganztagsschulen sowie für die Verbesserung des Übergangs in eine berufliche Ausbildung und den Ausbau der betrieblichen Weiterbildung. Eine zentrale Erkenntnis des von Bund und Ländern geförderten Nationalen Bildungsberichts 2010, der sich in einem Schwerpunktkapitel mit dem demographischen Wandel und den damit verbundenen Auswirkungen beschäftigt, lautet: Bildungspolitik im demographischen Wandel erfordert mehr und nicht weniger Investitionen in Bildung.

Dem Nationalen Bildungsbericht 2010, dem im Oktober 2011 veröffentlichten Demographiebericht der Bundesregierung sowie einer Vielzahl von anderen Studien sind Zahlen und Fakten zur demographischen Entwicklung sowie zu deren Auswirkungen auf unterschiedliche Sektoren des Bildungssystems zu entnehmen. Außerdem spiegeln diese Berichte die Erwartungen der Bundesregierung an die Auswirkungen des demographischen Wandels wider. Die Bundesregierung bereitet derzeit eine ressortübergreifende Strategie zum demo-

graphischen Wandel vor, die sich auch mit der Gestaltung von Veränderungen befassen wird.

59. Welche Rolle soll die Bildungsforschung im Rahmen der geplanten Forschungsagenda Demographischer Wandel der Bundesregierung einnehmen, und sind hier neue Programme/Förderprojekte geplant?

Die „Forschungsagenda der Bundesregierung zum demographischen Wandel: Das Alter hat Zukunft“ ist Teil der umfassenden Demographiestrategie der Bundesregierung. Im Fokus der Forschungsagenda stehen ältere Menschen, insbesondere diejenigen, die sich in den letzten Jahren ihres Berufslebens befinden oder bereits aus dem Berufsleben ausgeschieden sind. Fragen der Bildungsforschung werden hier insbesondere in dem Forschungsfeld „Kompetenzen und Erfahrungen älterer Menschen für Wirtschaft und Gesellschaft nutzen“ aufgegriffen. Mit der Forschungsagenda plant die Bundesregierung, unter anderem die Erforschung des lebenslangen Lernens sowie die Entwicklung altersspezifischer Lernkonzepte voranzutreiben, die sich an den individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten orientieren, um maßgeschneiderte und nachhaltige Lernprozesse zu ermöglichen. Ziel ist es, dass Menschen auf ihrem gesamten aktiven Lebensweg im Betrieb, Ehrenamt oder auf freischaffender Basis ihre Kompetenzen nicht nur erhalten, sondern auch anpassen, erneuern und erweitern können.

60. Welche Bedeutung hat die Hochschullehre im Rahmen der Förderung der Bildungsforschung durch den Bund in den letzten vier Jahren eingenommen?

2008 wurde im Förderschwerpunkt „Hochschulforschung“ innerhalb des Rahmenprogramms „Empirische Bildungsforschung“ die Förderbekanntmachung „Hochschulforschung als Beitrag zur Professionalisierung der Hochschullehre“ veröffentlicht. Im Rahmen dieses Förderangebots, für das insgesamt rd. 17 Mio. Euro Fördergelder zur Verfügung standen, werden über 60 Einzelprojekte gefördert, die sich mit unterschiedlichen Aspekten der Qualität der Hochschullehre beschäftigen.

61. Wie bewertet die Bundesregierung den Stand an vergleichenden Studien zur Qualität der Lehre an deutschen Hochschulen?

Methodisch belastbare Gesamtkonzepte für vergleichende Studien zur Qualität der Lehre existieren bislang nicht. Bestehende Ansätze – insbesondere im Kontext von Hochschulrankings, die auch die Lehre berücksichtigen – rekurrieren diesbezüglich vornehmlich auf Studierendenbefragungen. Der Indikator „Studierendenzufriedenheit“ ist zwar ein unverzichtbarer Teilaspekt der Qualität der Lehre, bildet diese aber nur unvollständig ab.

62. Wie ist geplant, die Auswirkungen des Qualitätspaktes Lehre zu evaluieren, und welcher Vergleichsmaßstab soll angelegt werden, um die Verbesserungen der Qualität der Lehre zu messen?

Die Bund-Länder-Vereinbarung zum Qualitätspakt Lehre sieht eine programmbegleitende, unabhängige Evaluation des Programms hinsichtlich seiner Auswirkungen auf Studienbedingungen und Lehrsituation vor, deren Ergebnisse 2019 vorliegen sollen. Einzelheiten der Ausgestaltung werden derzeit erarbeitet. Die Evaluation soll im Jahr 2012 beginnen.

63. Hält die Bundesregierung den aktuellen Stand der Forschungsaktivitäten zur Hochschuldidaktik für ausreichend, und welchen Stellenwert gibt die Bundesregierung der Forschung zur Hochschuldidaktik in ihrer Bildungsforschungsstrategie?

Hochschuldidaktische Forschung ist ein zentraler Baustein des Förderschwerpunkts „Hochschulforschung“ im Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung und soll auch nach Auslaufen der derzeitigen Projekte weiter gefördert werden.

64. Welche Position vertritt die Bundesregierung zu Forderungen nach Durchführung einer so genannten Hochschul-PISA-Studie?

Konkrete Forderungen nach Durchführung eines „Hochschul-PISA“ sind der Bundesregierung nicht bekannt. Soweit solche international vergleichenden Studien die an sie zu richtenden hohen methodischen Ansprüche erfüllen, wäre mit einem Erkenntnisgewinn in wichtigen hochschulpolitischen Bereichen zu rechnen. Die Bundesregierung würde solche Erkenntnisgewinne begrüßen.

65. Welche Konzepte von welchen Organisationen zur Durchführung einer „Hochschul-PISA“ sind der Bundesregierung bekannt, und wie bewertet die Bundesregierung diese?

Der Bundesregierung ist lediglich die von der OECD derzeit durchgeführte Machbarkeitsstudie AHELO (= Assessment of Higher Education Learning Outcomes) bekannt. In – allerdings nur sehr vager Analogie zur PISA-Studie – werden im Rahmen von AHELO fächerspezifische Ansätze zur Erfassung der fachlichen sowie generischen Kompetenzen von BA-Studierenden erprobt. Ländervergleiche – wie mit der PISA-Studie – sind nicht intendiert. Ziel der AHELO-Studie insgesamt ist es, zusätzliche Erfahrungen mit Blick auf die eingesetzten Messinstrumente und -verfahren zu erzielen. Die Bundesregierung begrüßt solche Fortschritte.

66. Zu welchen dieser Konzepte liegen bereits Ergebnisse von Machbarkeitsstudien vor, und zu welchen Ergebnissen sind diese gekommen?

Mit Ergebnissen zur OECD-Machbarkeitsstudie AHELO ist Ende 2012 zu rechnen.

67. Welche Forschungsprojekte hat der Bund in den letzten vier Jahren gefördert, die sich mit einer verbesserten Vermittlung einer wissenschaftlichen Grundbildung (science literacy) befasst haben?

Die Bundesregierung hat in den letzten vier Jahren keine Forschungsprojekte gefördert, die sich mit einer verbesserten Vermittlung einer wissenschaftlichen Grundbildung (science literacy) befasst haben.

68. Plant die Bundesregierung die Vorlage eines Forschungsförderkonzeptes zur kulturellen Bildung?

Die Bundesregierung misst der kulturellen Bildung einen hohen Stellenwert zu. Sie fördert vielfältige Forschungsprojekte, die Antworten auf aktuelle Forschungsfragen und -bedarfe im Kontext der kulturellen Bildung geben. Insofern

richtet die Bundesregierung die Forschungsförderkonzepte zur kulturellen Bildung kontinuierlich an den jeweils aktuellen Herausforderungen aus, die sich ihr heute und in absehbarer Zukunft in der Gesellschaft stellen.

69. In welcher Höhe und mit welchen Maßnahmen hat die Bundesregierung in den letzten vier Jahren die Entwicklung von Konzepten zur kulturellen Bildung im Rahmen des Schulunterrichts bzw. der außerschulischen kulturellen Bildung unterstützt?

Die Bundesregierung fördert in den Jahren 2008 bis 2011 die Entwicklung von Konzepten zur kulturellen Bildung mit insgesamt rd. 15 Mio. Euro. Die Bundesregierung stärkt mit diesen Mitteln die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens. Sie setzt dabei innovative Programme und Maßnahmen zur Fortentwicklung der Begabtenförderung, interkulturellen Bildung und Integration, kulturelle Bildung für alle Altersgruppen und zur Weiterbildung des Personals in Kunst und Kultur um.

Die im Rahmen einer kleinen Anfrage zur Verfügung stehende Bearbeitungszeit bietet nicht die Möglichkeit, alle Maßnahmen in komprimierter und reflektierter Form wieder zu geben. Exemplarisch seien hier einige herausragende Maßnahmen genannt:

Hierzu zählen z. B. das erste und zweite Jugend-KulturBarometer, Bundeswettbewerbe in verschiedenen Kunstsparten, wie das internationale Schülerfilm-Festival, das Theatertreffen der Jugend, das Treffen Junger Autoren, der Kompositionswettbewerb für Schülerinnen und Schüler sowie der Wettbewerb „Kunststudentinnen und Kunststudenten stellen aus“. Zudem ist im Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung ein Forschungsschwerpunkt zu zwei Landesprogrammen „Jedem Kind ein Instrument“ eingerichtet.

Die kulturelle Bildung in Ganztagsschulen wird seit 2004 unter anderem durch das Begleitprogramm „Ideen für mehr! Ganztägig lernen“ unterstützt, das der Bund jährlich mit 4,5 Mio. Euro fördert. Das BMBF hat u. a. von 2007 bis 2010 gezielt Themenateliers „Kulturelle Bildung“ zur Vernetzung von Schulen gemeinsam mit der PricewaterhouseCoopers-Stiftung (PwC-Stiftung) unterstützt.

Außerdem schreiben das BMFSFJ und die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung seit 2005 jährlich den bundesweiten Wettbewerb „Mixed Up“ für gelungene Modelle der Zusammenarbeit zwischen Trägern der Kulturellen Bildung und Schulen aus. Die bundesweite Fachstelle „Kultur macht Schule“ berät und qualifiziert Schulen sowie Akteure der kulturellen Bildung, wie gute Kooperationen aufgebaut werden können.

70. In welcher Höhe und mit welchen Maßnahmen plant die Bundesregierung, Forschung zur Verankerung des Themen- bzw. Berufsfelds „Soziokultur“ in Kulturstudiengängen zu unterstützen?

Aufgrund der föderalen Kompetenzverteilung ist es die Aufgabe der Länder, Studiengänge an den Hochschulen einzurichten und zu gestalten. Eine Förderung kulturwissenschaftlicher Studiengänge durch das BMBF ist daher nicht möglich. Der Bundesregierung ist es jedoch ein wichtiges Anliegen, die kulturelle Bildung zu stärken. Sie ist entscheidend für das gesellschaftliche Zusammenleben, für die Emanzipation und für die Teilhabe aller Bevölkerungsschichten an unseren kulturellen Gütern. Eine Forschungsförderung mit Bundesinteresse im Kontext der kulturellen Bildung besteht. Deshalb fördert die Bundesregierung das Forschungsprojekt „Das Studium Kultur und der Arbeitsmarkt für kulturvermittelnde und interkulturell orientierte Tätigkeitsfelder in

Deutschland“. In diesem Projekt wird ein Überblick erarbeitet über die Aus- und Fortbildungsangebote für Akteure in kulturellen und interkulturellen Tätigkeitsfeldern an Hochschulen.

III. Unterrichts- und Lehrerforschung

71. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass der Unterrichtsalltag an deutschen Schulen aus Sicht der Bildungsforschung mangels umfassender Datengrundlagen als „black box“ bezeichnet werden muss, und falls nein, warum nicht?

Die Bundesregierung teilt nicht die Einschätzung, dass der Unterrichtsalltag an deutschen Schulen mangels umfassender Datengrundlagen als „black box“ bezeichnet werden muss.

Gegenüber traditionellen Steuerungsmodellen, bei denen Maßnahmen auf der Input-Ebene (Lehrkräftequalifikation, Lehrer-Schüler-Relation u. a.) im Vordergrund standen, stehen im Rahmen der Umstellung auf die Output-Steuerung im Bildungssystem stärker die Lehr- und Lernprozesse selbst und deren Wirkungen im Mittelpunkt. Die Unterrichtsforschung verfolgt das Ziel, die Effekte bestimmter Maßnahmen (z. B. didaktischer Konzepte, Lehr- und Lernmethoden, aber auch organisatorischer Veränderungen) genauer zu bestimmen, um zielgerichtet die Unterrichtsqualität beeinflussen zu können. So besteht beispielsweise in der Ganztagsschulforschung die Frage, wie außerunterrichtliche Bildungsangebote in der Praxis gestaltet und genutzt werden und wie sie letztlich so gestaltet werden können, dass sie die größten Effekte für die individuelle Kompetenzentwicklung und für mehr Bildungsgerechtigkeit erzielen. In diesem Zusammenhang wird auch auf andere einschlägige Studien hingewiesen, die die den Unterrichtsalltag zum Gegenstand haben (z. B. Videostudien: TIMMS-Video; Pythagoras, IPN-Videostudie).

72. Welche durch den Bund geförderten Projekte der letzten vier Jahre lassen sich der Unterrichts- und Lehrerforschung zuordnen, und plant die Bundesregierung für diese Fragen ein eigenständiges Forschungsförderprogramm?

Im Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung befassen sich insbesondere die Vorhaben im Forschungsschwerpunkt „Entwicklung von Professionalität des pädagogischen Personals“ mit Fragen der Kompetenzerfassung bzw. des Kompetenzerwerbs von Lehrkräften. Einen Überblick über die Forschungsprojekte bietet das Internetportal des BMBF zur empirischen Bildungsforschung (www.empirische-bildungsforschung-bmbf.de/). Ein darüber hinausgehendes eigenständiges Forschungsförderprogramm ist derzeit nicht vorgesehen.

73. Wie bewertet die Bundesregierung den Forschungsstand zu der Frage, was eine „gute Lehrerin“ bzw. einen „guten Lehrer“ ausmacht, und in welcher Weise bildet sich diese Bewertung in den Schwerpunkten der Bildungsforschung ab?

Es existieren eine Reihe von Forschungsarbeiten, die unterschiedliche Konzepte zur Wirkung der Lehrerpersönlichkeit in den Blick nehmen; der aktuelle Forschungsstand ist dem gegenüber zunehmend „kompetenzorientiert“: es wird danach gefragt, über welche Kompetenzen (gute, im Sinne von effektive) Lehrkräfte verfügen und wie die Kompetenzen von Lehrkräften gemessen werden können. Dies bildet sich in den BMBF-geförderten Forschungsprojekten zu Professiona-

lisierung ab, ähnliches gilt für DFG-geförderte Vorhaben (z. B. COACTIV). Erste Ergebnisse weisen auf eine erhebliche Bedeutung insbesondere der fachlichen und fachdidaktischen Kompetenzen der Lehrkräfte für das erfolgreiche Lernen der Schülerinnen und Schüler hin.

Da Ganztagsschulen zunehmend mit multiprofessionellen Teams aus Lehrkräften und weiterem pädagogischen Personal (z. B. Erzieher/innen, Sozialpädagogen) arbeiten, hat das BMBF im Rahmen der Ganztagsschulforschung vertiefte Untersuchungen zur Kooperation und Professionsentwicklung in Ganztagsschulen gefördert; eine Publikation der Ergebnisse ist noch Ende 2011 vorgesehen.

74. Welche Vergleichsstudien zur Situation von Lehrerinnen und Lehrern unterstützt die Bundesregierung aktuell, und welche weiteren Studien sollen zukünftig von der Bundesregierung gefördert werden?

Vergleichsstudien zur Situation von Lehrerinnen und Lehrern werden aktuell nicht durch die Bundesregierung gefördert.

75. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, wie sich Absolventen der neuartigen Lehrerausbildung in „schools of education“ (wie zum Beispiel in München, Erfurt oder Bochum) im Schulalltag zurecht finden und ob sie ihre Ausbildung als positiv einschätzen?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

76. Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, das Deutschland bei zukünftigen Studien im Rahmen des Projekts TALIS (Teaching and Learning International Survey; auch als „Lehrer-PISA“ bezeichnet) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung teilnimmt, und falls nein, warum nicht?

Bund und Länder beobachten Fortschritt und Aussagekraft der laufenden OECD-Studie TALIS 2013 und werden nach Vorlage der Ergebnisse eine Entscheidung über eine Teilnahme Deutschlands an einer nächsten Erhebungsrunde treffen.

77. Wie bewertet die Bundesregierung den Stand der Forschung, die sich mit der Situation deutscher Lehrerinnen und Lehrer befasst und hierbei insbesondere mit den Auswirkungen der aktuellen Rahmenbedingungen der Tätigkeit von Lehrerinnen und Lehrer (eigener Arbeitsplatz, Arbeitszeiten, Arbeitsbelastung usw.)?

Der Bundesregierung liegen über die Ergebnisse in den geförderten Forschungsvorhaben sowie den einschlägigen Veröffentlichungen hinaus keine Erkenntnisse zur den Auswirkungen der Rahmenbedingungen des Lehrerberufs vor. Es wird darauf verwiesen, dass die Gestaltung der Rahmenbedingungen des Lehrerberufs (Arbeitsplatz, Arbeitszeiten, Arbeitsbelastung usw.) aufgrund der föderalen Zuständigkeiten in der Verantwortung der Länder liegt.

78. Wie bewertet die Bundesregierung den Stand der internationalen vergleichenden pädagogischen Forschung zur Frage, in welchen Staaten die Weiterbildung für Lehrerinnen und Lehrer verpflichtend vorgeschrieben ist?

Eine vollständige Übersicht über Staaten, in denen die Weiterbildung für Lehrerinnen und Lehrer verpflichtend vorgeschrieben ist, sowie belastbare wissenschaftliche Erkenntnisse über die entsprechenden Wirkungen liegen der Bundesregierung aktuell nicht vor.

79. In welchen Staaten finden nach Kenntnis der Bundesregierung regelmäßig Unterrichtsbesuche durch externe Gutachter statt, und welche Auswirkungen haben diese Vorgaben auf die Leistungsfähigkeit des Schulsystems?

Eine vollständige Übersicht über Staaten, in denen regelmäßig Unterrichtsbesuche durch externe Gutachter stattfinden sowie belastbare Erkenntnisse darüber, welche Auswirkungen diese Vorgaben auf die Leistungsfähigkeit des Schulsystems haben, liegen der Bundesregierung aktuell nicht vor.

80. Beabsichtigt die Bundesregierung, Initiativen zur vergleichenden pädagogischen Forschung zu ergreifen, und wenn ja, mit welchen Schwerpunkten?

Die Bundesregierung fördert gemeinsam mit den Ländern die vergleichende pädagogische Forschung u.a. institutionell beim Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) sowie beim Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung (GEI).

Darüber hinaus besteht auch im Kontext des Rahmenprogramms zur Förderung der empirischen Bildungsforschung grundsätzlich die Möglichkeit der Förderung von Projekten der vergleichenden pädagogischen Forschung. Entsprechend der thematischen Ausrichtung der Forschungsschwerpunkte, die jeweils durch Förderrichtlinien öffentlich bekannt gemacht werden, ist es auch international vergleichenden Forschungsprojekten freigestellt, sich um eine Förderung zu bewerben. Sämtliche Vorhaben werden vor der Bewilligung einer Förderung durch externe Experten begutachtet.

81. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft e. V. (Pressemitteilung vom 8. August 2011 „Note: Mangelhaft!“), dass derzeit „weder ein brauchbares Instrumentarium zur Qualitätsmessung in der Lehrerbildung noch ein aussagekräftiges Monitoring über die Resultate“ der Ausbildung existieren, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung in die Wege zu leiten, um hier Abhilfe zu schaffen?

Belastbare wissenschaftliche Erkenntnisse über die Qualität der Lehrerbildung in Deutschland liegen der Bundesregierung derzeit nicht vor. Eine Weiterentwicklung des Instrumentariums zur Qualitätsmessung in der Lehrerbildung bzw. für ein Monitoring über die Resultate der Ausbildung von Lehrkräften ist von Seiten der Bundesregierung aufgrund der föderalen Zuständigkeiten in Deutschland nicht vorgesehen.

82. Gibt es Pläne zur Einführung einer bundesweiten Berichterstattung über die Qualität der Lehrerbildung – die vom Stifterverband der Deutschen Wissenschaft in der Pressemitteilung vom 8. August 2011 ebenfalls angemahnt wurde –, und falls nein, warum nicht?

Pläne zur Einführung einer bundesweiten Berichterstattung über die Qualität der Lehrerbildung existieren auf Seiten der Bundesregierung nicht. Die Gestaltung sowie Qualitätssicherung der Lehrerbildung liegt aufgrund der föderalen Zuständigkeiten in Deutschland in der Verantwortung der Länder.

83. Stünden der Einführung einer bundesweiten Berichterstattung über die Qualität der Lehrerbildung nach Wissen der Bundesregierung rechtliche Hürden im Weg, und falls ja, welche?

Rechtliche Hürden zur Einführungen einer bundesweiten Berichterstattung über die Qualität der Lehrerbildung bestehen nicht; ein solcher Bericht müsste beispielsweise von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) erstellt werden.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333